



## Selektive Empörung

**Die Positionen Frankreichs, der EU und der ECOWAS bei strittigen Wahlen, Aufständen und Putschen in Westafrika**

von *Pablo Flock*

In den francophonen Ländern der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) gab es seit 2010 fünf erfolgreiche Putsche, fünf Versuche von Machthabern, die Begrenzung von Amtszeiten zu umgehen, stets begleitet von Protesten, und mindestens sieben Wahlen, die die Oppositionen entweder schon vorher boykottierten oder danach als gefälscht ablehnten. Wie sich andere Staaten und internationale Organisationen bei solchen Ereignissen positionieren, variiert abhängig von Faktoren wie der ideologischen Kon-

gruenz, der Unterstützung von Demokratie und Freihandel, sowie den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen, die die Akteure im Land und in der Region haben. Diese Studie untersucht wie sich die Regionalorganisation ECOWAS, die ehemalige Kolonialmacht Frankreich und die Europäische Union (EU) bei den genannten strittigen Wahlen, Protesten und Putschen positioniert und stellt dies in den Kontext der jeweiligen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen.

## Inhalt

### Einleitung:

#### Demokratische Grundwerte oder Freund- und Feindbilder 2

### Westafrikanische Wirtschafts- und Regierungsstrukturen

Koloniale Kontinuität Frankreichs.....	3
Kontrolliere die Währung einer Nation .....	3
Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS .....	4

### Studie: Strittige Wahlen und Regierungswechsel

Mali .....	5
<i>Putsch 2012</i> .....	5
<i>Putsch 2020</i> .....	6
Elfenbeinküste.....	7
<i>Bédié, Gbagbo und Ouattara und der ivorianische</i>	
<i>Bürgerkrieg</i> .....	7
<i>Strittige Wahl und Regime Change 2010</i> .....	8
<i>Ouattaras Herrschaft</i> .....	9
<i>Die Präsidentschaftswahl 2020</i> .....	9
Guinea .....	10
<i>Verfassungsreferendum 2020</i> .....	11
<i>Präsidentenwahl 2020</i> .....	11
Senegal.....	12
<i>Präsidentenwahl 2012</i> .....	12
<i>Präsidentenwahl 2019</i> .....	13
Burkina Faso .....	13
<i>Aufstand und Putsch 2014</i> .....	13
<i>Fehlgeschlagener Putsch 2015</i> .....	13
<i>Präsidentschafts- und Parlamentswahl 2020</i> .....	14
Niger .....	14
<i>Verfassungsputsch, Proteste und Putsch 2009-10</i> .....	14
<i>Uran-Extraktivismus</i> .....	15
<i>Kommende Wahl 27. Dezember 2020</i> .....	15
Benin.....	15
<i>Proteste gegen Autoritarismus und Neoliberalismus</i> .....	16
Togo .....	16
<i>Stille Unterstützung der Dynastie</i> .....	17

### Vergleich

Gemeinsamkeiten und Unterschiede.....	17
<i>Nichteinmischung trotz undemokratischem Verhalten</i> .....	17
<i>Äußere Interessen vs. die Bevölkerung:</i> .....	18
<i>Abwägung des öffentlichen Bildes</i> .....	18
<i>Verurteilen und trotzdem Akzeptieren</i> .....	18
<i>Regime Change gegen anti-koloniale Lauffeuer</i> .....	18
<i>Hauptsache Stabilität</i> .....	19
Die Positionen der Akteure .....	19
<i>Die ECOWAS</i> .....	19
<i>Die EU</i> .....	19
<i>Die Position Frankreichs</i> .....	19

### Fazit.....

## Einleitung: Demokratische Grundwerte oder Freund- und Feindbilder

„Afrikanischer Herbst“ betitelte die Taz unlängst die diesjährigen Proteste in Westafrika<sup>1</sup> in Anlehnung an den Arabischen Frühling 2011, der als Schwarzer Frühling auch in einigen afrikanischen Ländern unterhalb der Sahara für politische Umbrüche sorgte. Doch im Gegensatz zu dem als Frühling begrüßten Aufbruch in Nordafrika weckt die Bezeichnung als Herbst Vorahnungen auf dunkle und kalte Zeiten. Für die Machthabenden in Europa und Afrika könnte dies womöglich tatsächlich zutreffen. Über die letzten zehn Jahre, bei manchen auch schon länger, haben die Eliten beider Kontinente die Zusammenarbeit in militärischer Ausbildung, Migrationsbekämpfung und Rohstoffabbau ausbauen können, wofür eine gewisse politische Stabilität Dreh- und Angelpunkt ist.

Dass der politische Preis, Menschenrechtsverletzungen und undemokratisches Verhalten befreundeter Regierungen und Regime anzuprangern, höher liegt als bei politischen Konkurrenten, die sich an anderen Großmächten orientieren, ist keine Neuheit. Somit verwundert es auch nicht, dass es nach der wohl stark manipulierten Wiederwahl des russlandnahen Alexander Lukaschenko in Weißrussland von den meisten europäischen Ländern und der EU direkt einen Tag später Solidaritätsbekundungen mit den oppositionellen Demonstrierenden gab. Andere, wie z.B. der Präsident der Elfenbeinküste, der sich auch durch allerlei Manipulationen eine weitere Amtszeit sicherte, wurden trotz weit mehr getöteten Demonstranten erst Monate später mit offiziellen Mitteilungen bedacht und dabei nicht direkt kritisiert. Welche Regierungen und Akteure zuletzt wirklich mit Sanktionen belegt werden, zeigt noch aussagekräftiger wer, in den Augen der Sanktionierenden, eine rote Linie überschritten hat. In solchen Fällen begnügen sich europäische und regionale Regierungen nicht immer mit verurteilenden Worten (oder vergessen diese in strategischen Fällen), sondern mischen auch mal militärisch mit. Solche militärischen Einmischungen sind allerdings in Zeiten eines liberalen Konsens, der selbst die Souveränität ärmerer Länder (zumindest formal) geachtet wissen will, schwerer zu legitimieren. Die Europäer, die EU, die Bundesregierung und die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, die unverändert starke Interessen in der Region hat, stützen sich bei solchen Eingriffen deswegen auf die Einladungen der Regierenden oder Stellungnahmen regionaler Staatenbündnisse wie der ECOWAS.

Deshalb untersucht diese Analyse, wie sich die ECOWAS, die EU und die ehemalige Kolonialmacht Frankreich bei den irregulären Regierungswechseln der letzten zehn Jahren in den francophonischen Ländern der ECOWAS positionierten und stellt dies vor den Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Interessen der äußeren Akteure. Zuvor soll jedoch ein Überblick über die politischen und militärischen Strukturen und die Geschichte der Region gegeben werden.

## Westafrikanische Wirtschafts- und Regierungsstrukturen

### Koloniale Kontinuität Frankreichs

Keine andere Kolonialmacht konnte ihren Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent so halten wie Frankreich. Dies zeigt sich zum Beispiel in der festen Stationierung von über 2000 Soldaten in afrikanischen Ländern (ohne die auf eigenem Staatsgebiet, zum Beispiel in La Réunion), wovon knapp 1000 Soldaten in den ECOWAS-Staaten Senegal und Elfenbeinküste untergebracht sind.<sup>2</sup> Zusätzlich zu diesen Bewohnern dauerhafter Militärbasen befinden sich derzeit über 5000 Soldaten im Rahmen der Anti-Terror-Operation Barkhane in den Ländern der Sahel-Region, die sich unter Frankreichs Führung zur sogenannten G5-Sahel zusammengeschlossen haben: Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad – alles ehemalige französische Kolonien.<sup>3</sup> Die Operation Barkhane ist seit 2014 die räumlich und personell erweiterte Nachfolgerin der Operation Serval, mit welcher Frankreich die Regierung Malis – auf den Ruf der nach einem Putsch neu eingesetzten Interimsregierung – bei der Rückeroberung der von radikalen Islamisten besetzten Gebiete im Norden Malis unterstützte. Die Eroberung dieser Gebiete war den Islamisten zuvor gelungen, indem sie die separatistische Tuareg-Bewegung MNLA zurückdrängten, die diese Gebiete zuvor erobert und 2012 ihren eigenen Staat Azawad ausgerufen hatten. Diese Sezession und Destabilisierung ist maßgeblich auf die Zerschlagung des Gaddafi-Regimes in Libyen zurück zu führen, für welches viele Tuareg in den Streitkräften arbeiteten und dann kampferprobt und mit schweren Waffen zurückkehrten. Die westliche Militärintervention in Libyen war vor allem von Frankreich vorangetrieben worden. Es gelang der französischen Operation Serval dann zwar, zusammen mit den Tuareg-Kräften, die Islamisten aus den großen Städten im Norden Malis heraus zu drängen. Doch die anhaltende Operation Barkhane, ihre Ausweitung auf andere Länder der Region, sowie die Ausweitung des islamistischen Terrors in das Zentrum und den Süden Malis und die wachsende Ablehnung der französischen Militärpräsenz wecken immer mehr Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Militäreinsätze.

Neben der militärischen „Hilfe“ für westafrikanische Staaten verbindet Frankreich und regionale Eliten ein Netz von strukturellen, diplomatischen und inoffiziellen Beziehungen. Der Terminus „Françafrique“ steht exemplarisch dafür. Er stammt vom ersten Präsidenten der Elfenbeinküste, Félix Houphout-Boigny, der die bleibenden engen Beziehungen des neuen „unabhängigen“ Staates mit der ehemaligen Kolonialmacht „France-Afrique“ nannte. 40 Jahre später wurde der Terminus vom Chef der französischen NGO Survie als Françafrique umgedeutet und betitelt seitdem sowohl die französische Einflussosphäre in Afrika, wie auch die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Netzwerke, die diese stützen. Etabliert unter Frankreichs großem Mann Charles de Gaulle, der den Großmachtstatus seines Landes trotz Dekolonialisierung erhalten wollte, wurde die französische Afrikapolitik hauptsächlich unter Ausschluss von Parlament und Öffentlichkeit im Bera-

terkreis des Präsidenten, der sogenannten «Cellule africaine de l'Élysée», ausgehandelt. Informelle Beziehungen zwischen afrikanischen politischen und wirtschaftlichen Eliten, französischen Unternehmen wie dem Ölkonzern Elf (heute Teil von Total) und Geheimdiensten bildeten das Rückgrat dieser Politik. Nach dem Kalten Krieg wurden viele der von Frankreich gestützten diktatorischen Staatschefs von Militärs oder der Bevölkerung vertrieben und zuhause kredenzte man einer zunehmend informierten und internationalistischen Bevölkerung lieber eine (dem Anschein nach) normenbasierte Politik. Das geht soweit, dass der Saubermann Macron in einer Ansprache an Studenten in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Fasos, behauptete, dass Frankreich keine Afrikapolitik habe und er zu einer Generation gehöre, die nicht nach Afrika komme um zu sagen, was zu tun sei.<sup>4</sup> Scheinbar sehe man Westafrika in Frankreich nicht mehr als «chasse gardée» (dt.: exklusive Jagdgründe), wo man nach Gutdünken seine Interessen durchsetzt, sondern als Partner in Entwicklung und Demokratie, weshalb man auch lieber von lokalen Akteuren wie einem malischen (Interims-)Präsidenten oder der ECOWAS gerufen wird, oder sich gar vom UN-Sicherheitsrat ein Mandat geben lässt, wenn die eigenen Interessen ein Eingreifen nahelegen.<sup>5</sup> Gut, dass Frankreich in letzterem einen der fünf festen und vetoberechtigten Sitze inne hat, und allerlei Druckmittel für erstere...

### Kontrolliere die Währung einer Nation...

Auch die viel kritisierte Währungs-„zusammenarbeit“ zwischen den ehemaligen französischen Kolonien und ihrem europäischen Mutterstaat bekam kürzlich ein kleines Lifting. Der CFA-Franc (Franc der Coopération/Communauté Financière en Afrique) war in der Kolonialzeit in allen regionalen französischen Kolonien Währungsmittel und wurde, mit seiner Bindung an den französischen Franc, in fast allen Ländern auch nach der Unabhängigkeit erhalten. Neben dem festen Wechselkurs zum Franc, bzw. später Euro, beinhaltete diese Kooperation auch Stimmrechte für französische Delegierte in den Zentralbanken der BEAC, die den zentralafrikanischen Franc ausgibt, und der BCEAO, die den westafrikanischen Franc ausgibt. Außerdem galt die Vorgabe, die Hälfte aller Reserven in einem operativen Konto bei der französischen Zentralbank halten zu müssen, auf welches die Staaten selbst keinen Zugriff hatten, während Frankreich damit Geld erwirtschaftete.<sup>6</sup> Frankreichs starker Mann in der Region, President Alassane Ouattara der Elfenbeinküste, kündigte Ende 2019 dann an, den Westafrikanischen Franc im Einklang mit Frankreich zu reformieren, wobei die vetoberechtigten Abgesandten Frankreichs sich aus der Westafrikanischen Zentralbank BCEAO zurückziehen und die obligatorischen Reserven in Frankreich nicht mehr notwendig sein werden.

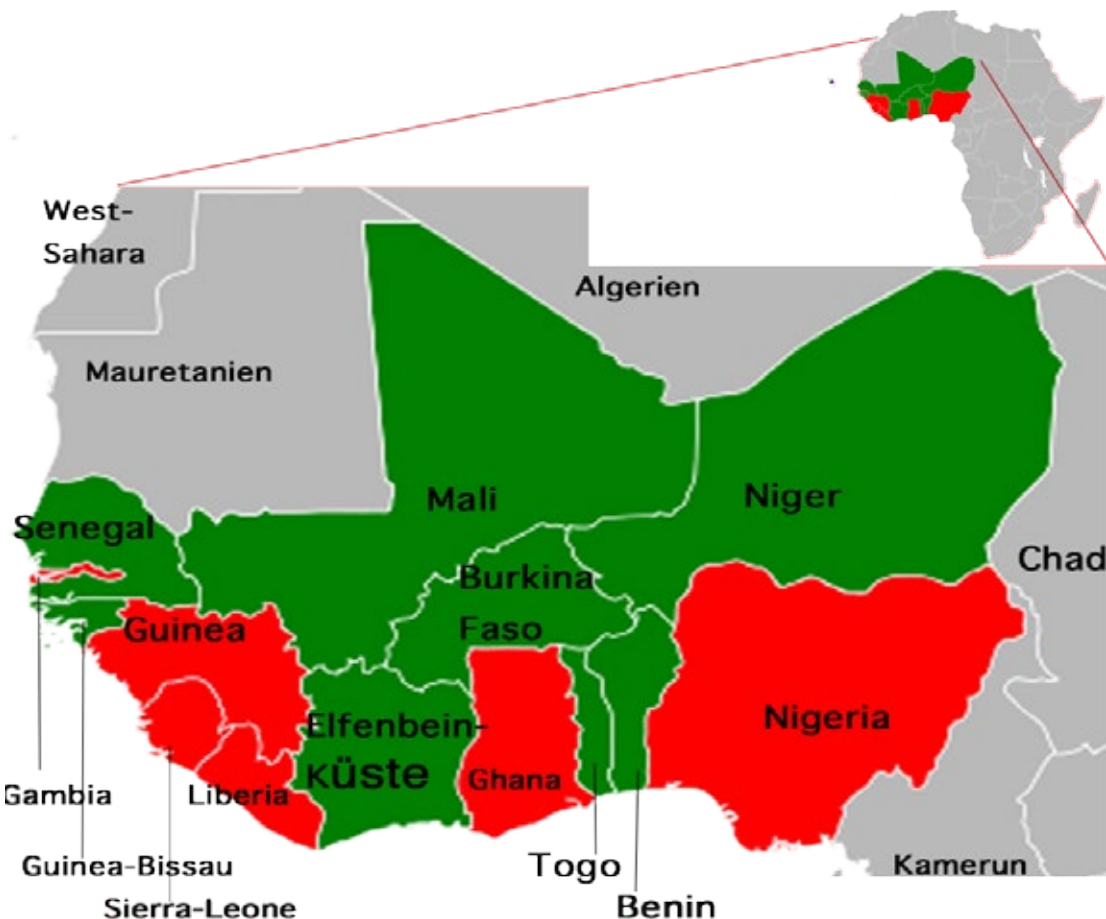


*Ein Wandgemälde am Gebäude der BCEAO in Bamako zeigt Hoffnung in die afrikanisch-französische Einheit. Andere Künstler, wie 10 westafrikanisch Musiker die 2018 ein Lied gegen den CFA-Franc herausbrachten, teilen diese Ansicht nicht.*  
Foto: Victor Scheint

Außerdem wurde eine Namensänderung von CFA-Franc hin zu ECO beschlossen, welches eigentlich der Name der angestrebten gemeinsamen Währung der ECOWAS-Region sein sollte.<sup>7</sup> Außer Kap Verde haben sich alle Länder der ECOWAS-Region, die nicht der CFA-Zone angehören, zur Westafrikanischen Währungsunion (WAMZ) zusammengeschlossen, die für einen vom Euro ungebundenen ECO einsteht. Dass besonders kritische Stimmen in den CFA-Ländern und die WAMZ nun empört sind über diese Augenwischerei, ist nachvollziehbar, da die bleibende Bindung an den Euro ihre Hauptforderung untergräbt: Eine eigene Währung, die nach den eigenen wirtschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtet werden kann. Denn ein fester Wechselkurs zum Euro bedeutet natürlich, dass der von der Europäischen Zentralbank beschlossene Leitzins gilt, und auch, dass nicht einfach im eigenen Ermessen Geld gedruckt werden kann (dies geschieht zur Zeit gegen Bezahlung in Frankreich). Die hohen Zinsen, die sich Europa meist leisten kann, wenn nicht gerade eine unsichere Weltkonjunktur wie 2008 oder eine Pandemie dies verhindern, führten in Westafrika zu Geldknappheit und hinderten lokales Unternehmertum, so die Kritiker. Die Bindung an den starken Euro verteuert die Exporte.<sup>8</sup> Zusammen mit den für viele unrechtmäßige Schulden<sup>9</sup>, exklusiven Rechten Frankreichs für den Abbau westafrikanischer Rohstoffe und für die Ausstattung der dortigen Armeen, sei der CFA-Franc das Hauptinstrument, das die neokoloniale Ausbeutung ermögliche. Bei vielen von Frankreich unterstützten Putschen des letzten Jahrhunderts, zum Beispiel gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten Afrikas, Sylvanus Olympio (Togo), und gegen Modiba Keita, 1962 in Mali, mutmaßen Kritiker, dass die (geplanten) Ausstiege dieser Länder aus der Währungsunion ausschlaggebend gewesen seien.<sup>10</sup> Guinea war das einzige Land, welches sich nicht auf die französischen Verträge der Dekolonialisierung eingelassen hatte und den CFA-Franc nicht weiter benutzte. Es wurde beim Abzug der Truppen mit der Zerstörung eines Großteils der Infrastruktur bestraft.

## Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS

Die Economic Community of West African States ECOWAS ist mit ihrer Gründung 1975 durch den Vertrag von Lomé älter als die 18 Jahre später gegründete Europäische Union, und Fans der regionalen Integration freuen sich, dass diese dort so weit fortgeschritten ist, obwohl, außer Nigeria, Ghana und der Elfenbeinküste (und seit letztem Jahr auch Kap Verde), elf der 15 Staaten zu den am Wenigsten Entwickelten Ländern der Welt (UN-Index: LDCs) gehören. Während die Integration im Bereich der freien Bewegung der Bürger dieser Staaten beispielsweise weit fortgeschritten sei, mangelt es nicht nur an der fehlenden Währungsunion, die eigentlich dieses Jahr mit dem (ursprünglichen) ECO gegründet werden sollte, sondern auch die produktive Integration lasse zu wünschen übrig.<sup>11</sup> Trotzdem ist es ein weit entwickeltes regionales Bündnis auf der Stufe einer Zollunion mit verschiedenen Institutionen, darunter einem eigenen Parlament, einem regionalen Gerichtshof und einer Entwicklungsbank. Dies beinhaltet auch militärische Kooperation zum Beispiel innerhalb der ECOWAS Monitoring Group ECOMOG, die in mehreren Fällen in Konflikte eingriff, und einer Standby Force, die eben dies erleichtern soll, indem Truppenkontingents- und Finanzierungsdebatten vorgebeugt werden. Auch für äußere Akteure, wie Regierungen und Unternehmen, ist ein solches Regionalbündnis von großem Nutzen, da mit weniger diplomatischem Aufwand größere Gebiete erschlossen werden können. So handelt die EU seit Jahren das Freihandelsabkommen (oder „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ - EPA) mit der ECOWAS und Mauretanien aus. Länder, die sich im eigenen Interesse dagegen stellten, wurden dabei durch Entzug von Entwicklungsgeldern oder der Verweigerung der, bislang durch Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) gesicherten, zollfreien Marktzugänge für LDCs unter Druck gesetzt.<sup>12</sup> Auch die Zusammenarbeit der beiden Regionalorganisationen beim Westafrikanischen Polizei-Informationssystem WAPIS,



das eine biometrische Feststellung aller Straffälligen und das transkontinentale Teilen von Daten anstrebt, scheint eher europäische Interessen zu erfüllen, während sich die dortigen Regierungen über Infrastruktur freuen, die ihre Macht festigt.<sup>13</sup>

Farbig: ECOWAS;  
grün: CFA-Franc-Zone;  
rot: Staaten, die sich für eine westafrikanische Währung unabhängig vom Euro stark machen.

Quelle: Numberguy6/  
wikiwand.com (remixed)

## Studie: Strittige Wahlen und Regierungswechsel

Dass in internationalen Verträgen auch die Stärksten stets nur auf den eigenen Vorteil aus sind, anstatt wie große Geschwister das wohl des Schwächeren im Auge zu haben, ist schon lange kein Skandal mehr. Wenn Demokratie und Menschenrechte jedoch als Argumente geltend gemacht werden, und eine selektive Scheinheiligkeit dabei ins Auge fällt, lohnt sich ein Blick auf die Details. Diesen Blick wollen wir nun wagen. Bei welchen Putschen und Wahlen der letzten zehn Jahren kam es zu Kritik und Sanktionen von Seiten der ECOWAS, der EU und Frankreichs? Wo wurde anti-demokratisches Verhalten (stillschweigend) geduldet?

### Mali

Nach der Unabhängigkeit von Frankreich in 1960 wurde Mali zuerst für acht Jahre vom Sozialisten Modibo Keita in einem Einparteiensystem regiert, welches versuchte sich von Frankreich zu lösen und dem Soviet-Block nahe stand, 1967 jedoch zurück in die CFA-Franc-Zone wechselte. Ein Jahr später wurde er geputscht und eine Militärregierung übernahm das Land. Eine Gruppe von Offizieren unter dem kürzlich verstorbenen Amadou Toumani Touré beseitigte die langjährige Diktatur 1991, nachdem sie bei Demonstrationen für die Demokratie über hundert Menschen tötete. Nach einem Verfassungsreferendum und Wahlen, übergaben die Putschisten die Macht ein Jahr später an eine zivile Regierung. Nachdem der darin gewählte Präsident seine zweite Amtszeit geleistet hatte, kandidierte Touré selbst und gewann die Wahlen 2002 und 2007.

### Putsch 2012

Fast am Ende seiner zweiten Amtszeit, nach der Touré nicht mehr kandidiert hätte, wurde auch er vom Militär seines Amtes enthoben. Die Begründung der Offiziere um General Amadou Sanogo war, dass Touré es nicht geschafft habe, dem Aufstand der separatistischen Tuareg im Norden gebührend zu begegnen und das Militär nicht mit ausreichend Mitteln versorge. Die Tuareg nutzten jedoch genau diese schwache Stunde des Staates, um ihren eigenen Staat Azawad auszurufen. Eine strategische Partnerschaft zwischen der Tuareg-Organisation Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) und der Ansar Dine, einer al-Qaida nahestehenden islamistischen Bewegung, zerbrach jedoch sofort nach der Unabhängigkeitserklärung, da Ansar Dine nicht hinter der säkularen Vision der MNLA stand und die Scharia, die islamischen Gesetze, im ganzen Land einführen wollte. Zusammen mit der Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO) und al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) verdrängten sie die Tuareg.

Die internationale Gemeinschaft, bzw. die hier betrachteten Akteure, schienen erst wenig erfreut über den Putsch des Militärs. Die ECOWAS hatte das Land sanktioniert, sodass der Handel mit den Nachbarstaaten beeinträchtigt war und kaum noch Devisen einspielte, und die EU hatte die finanziellen, nicht-humanitären Hilfen eingefroren.<sup>14</sup> In der Hauptstadt Bamako waren die Putschisten unter Sanogo, mit Vermittlung der ECOWAS, jedoch schnell zu einer zivilen Regierung zurückgekehrt. Nach nur drei Wochen wurde, wie in der Verfassung vorgeschrieben, der Parlamentssprecher Dioncounda Traore zum Übergangspräsidenten ernannt. Dieser hätte eigentlich verfassungsgemäß nach 40 Tagen das Feld räumen müssen. Doch die Einsetzung eines

neuen Übergangspräsidenten durch die Putschisten wurde von der ECOWAS unter Androhung erneuter Sanktionen verhindert. Bei Demonstrationen gegen Traore wurde, wie die BBC berichtete, „Nieder mit der ECOWAS“ und „Nieder mit Dioncounda“ gerufen und ein Karton-Sarg mit seinem Namen getragen.<sup>15</sup> Soldaten ließen mehrere Tausend Demonstranten in das Büro des Übergangspräsidenten eindringen, die ihn körperlich attackierten und seine Kleider zerrissen, wie die BBC den ansässigen Journalisten Martin Vogl zitiert. Vogl meinte damals, dass der Militärputsch einiges an Unterstützung erfahren hätte und die Leute enttäuscht seien, dass der Vertreter der traditionellen politischen Kaste für ein weiteres Jahr regieren dürfe. Doch für Sanogo beinhaltete der Deal mit der ECOWAS die Behandlung als ehemaliges Staatsoberhaupt, was, ähnlich wie in Deutschland, eine Villa und ein Gehalt bedeutet. An der Frage, ob eine internationale Intervention in Mali notwendig und erwünscht sei, schieden sich

### Militäreinsätze in Mali und ihre Verteidiger

Das Aktivisten-Netzwerk Afrique-Europe-Interact berichtete im Januar 2020 als Sachverständige bei einer Anhörung zu MINUSMA im Bundestag, dass diese UN-Mission „zunehmend als eine Art Juniorpartner der französischen Anti-Terror-Operation Barkhane betrachtet“ und „Barkhane von der Bevölkerung nicht als neutral empfunden wird.“ Außerdem herrsche „eine gewisse Machtlosigkeit, was Schutz der Zivilbevölkerung betrifft,“ da MINUSMA 70 bis 80 Prozent seiner Ressourcen aufwenden muss, um sich selbst zu schützen und zu versorgen.“ Es sei Fakt, „dass sich nicht nur in Mali, sondern auch im Niger in den letzten 1 bis 2 Jahren eine relativ starke Ablehnung französischer Politik entwickelt hat“ und sie berichten von „landesweite[n] Demonstrationen gegen ausländische Truppen, wobei sich die öffentlich geäußerte Kritik vor allem an Barkhane festmacht.“ Für sie folgt daraus interessanterweise die Forderung, implizit in einem Zitat einer ihrer Partner, Youssouf Coulibaly, Rechtsprofessor in Bamako, ausgedrückt: „Dass Europa das Feld nicht Frankreich allein überlässt.“<sup>22</sup> Dabei ist Frankreich schon lange nicht mehr alleine in Mali. Neben der 15000 Personen, die sich im Rahmen von MINUSMA in Mali aufhalten, wobei neben ECOWAS- und anderen afrikanischen Staaten, wie Tschad und Ägypten, auch Truppen aus China und Bangladesh dabei sind, unterhalten die Länder der EU dort auch die Europäische Trainingsmission EUTM und die Aufbaumission EUCA. Erstere befasst sich mit Ausbildung und Reform des malischen Militärs und Letztere mit selbigem der Polizei. Mali ist auch für die deutsche Bundeswehr der zweitgrößte und wohl gefährlichste Einsatz. Ein Kontingent von 1100 Kräften, mit Heron-Aufklärungsdrohnen und Spähpanzern, entfällt dabei auf die MINUSMA, weitere 450 deutsche Soldaten bilden in den EU-Missionen afrikanische Waffenbrüder aus, wofür sie seit diesem Jahr in allen Staaten der G5-Sahel ermächtigt sind. Neben der Terrorbekämpfung, wird auch die Migrationsabwehr als Hauptaugenmerk in Ausbildung und Mandat, sowie als Begründung im Bundestag, genannt. Außerdem haben sich dieses Jahr einige europäische Länder, die zum Teil, wie Norwegen und das Vereinigte Königreich, keine EU Mitglieder sind, mit den G5-Sahel-Ländern auf die sogenannte Task Force Takuba geeinigt. In deren Rahmen schicken die Europäer Spezialkräfte in die Sahelstaaten, die der französischen Operation Barkhane unterstehen werden und dank dem G5-Mandat in der ganzen französischen Einfluss-sphäre von Mauretanien bis in den Tschad eingesetzt werden können.

die Geister von Übergangsregierung und Putschisten am meisten. Zwar wurde der größte Fürsprecher einer internationalen Intervention, der Premierminister der Übergangsregierung, Cheick Modibo Diarra, ehemaliger NASA Astrophysiker, Afrika-Chef von Microsoft und Schwiegersohn des Militärherrschers, den Touré 1991 gestürzt hatte, im Dezember 2012 vom Militär fest- und abgesetzt.<sup>16</sup> Traore erbat jedoch einen Monat später um internationale Hilfe im Kampf gegen die Rebellen. Frankreich sagte diese am 11. Januar 2013 zu und hatte zu diesem Zeitpunkt nach eigenen Angaben schon mit der Bombardierung der Rebellen begonnen.<sup>17</sup> Es verwies auch auf die Resolutionen des Sicherheitsrates, wobei die beiden vorherigen Resolutionen (2071 und 2085) eigentlich nur Ausbildung, materielle Unterstützung und eine Afrikanisch-geführte Unterstützungsmission (AFISMA) autorisierten. Die französische Operation Serval war jedoch weder der AFISMA noch der später installierten UN-Stabilisierungsmission (MINUSMA) unterstellt. Dem internationalen Bündnis gelang es zusammen mit der MNLA dann recht schnell, die islamistischen Gruppierungen von den strategischen Punkten im Norden zu vertreiben, sodass die Präsidentenwahl nach einem Friedensabkommen mit der MNLA schon Ende Juli 2013 stattfinden konnte. Im zweiten Wahlgang besiegte Ibrahim Boubacar Keita (IBK) seinen Kontrahenten Soumaïla Cissé mit über drei Vierteln aller Stimmen.

### *Putsch 2020*

Auch 2018 wurde IBK, trotz Protesten auf der Straße, wiedergewählt. Die Opposition klagte hier schon über Unregelmäßigkeiten. Seit Anfang 2020 geriet die Situation für Keita aber außer Kontrolle. Schon vor der Parlamentswahl im März diesen Jahres, zu der auch Mali seinen ersten Covid-19 Toten beklagte, war Oppositionsführer Soumaïla Cissé bei einer Wahlkampfveranstaltung gekidnappt worden.<sup>18</sup> Nachdem die Wahl im April dann trotz Corona und Sicherheitsbedenken abgehalten wurde, änderte das Verfassungsgericht die Ergebnisse aus mehreren Wahlkreisen, wodurch Keitas Partei zehn Sitze gewann und damit zur größten Fraktion im Parlament wurde. Am 5. Juni gingen Tausende auf die Straßen und forderten den Rücktritt Keitas und die Auflösung des Parlaments. Mehrere Oppositionsparteien und Zivilgesellschaftsorganisationen organisierten dies als Bündnis 5. Juni Bewegung - Versammlung der Patriotischen Kräfte (M5-RFP). Das international exklusiv, und somit stellvertretend gezeigte Gesicht dieser Bewegung ist der Prediger Imam Mahmoud Dicko. Er wird schon standeshalber kritisch im Westen gesehen. Die neu-rechte Zeitung Junge Freiheit, die auch gerne mal Verschwörungsmymen verbreitet, rückte den Prediger in die Nähe der türkischen AKP.<sup>19</sup> Der türkische Staatssender habe oft zuerst von den Entwicklungen in der Bewegung gehört, Dicko Bewunderung für Erdogan geäußert und außerdem als Unterhändler mit radikal-islamischen Gruppen gewirkt, wobei eine dieser, Boko Haram, wohl auch von Erdogan unterstützt werde. Sicher ist, dass Dicko kritischer gegenüber dem Einfluss Frankreichs ist, als IBK, den die Junge Welt „ein dem Westen treu ergebener Vasall“ nennt. Bei den Demonstrationen der M5-RFP wird die Rolle der ehemaligen Kolonialmacht sichtbar kritisiert, wie die jW berichtet: „Zigtausendfach forderte die aufgebrachte Bevölkerung »IBK degage« (IBK hau ab), aber auch »France degage«, denn das ausländische Militär habe dem Terror nichts entgegengesetzt, sondern die Misere im Lande nur vertieft.“<sup>20</sup> Nach von der ECOWAS vermittelten Verhandlungen zwischen der Bewegung und IBK beschuldigte Dicko Frankreich, die Absetzung von Keitas Premierminister Boubou Cisse zu verhindern. Er sei kein Feind Frankreichs aber Frankreich müsse sie respektieren,

sagte er nach AFP-Berichten auf einer Pressekonferenz.<sup>21</sup>

Die Ablehnung der internationalen Militäreinsätze von Seiten der politisch Aktiven auf Bamakos Straßen wurde durch die gewaltvolle Niederschlagung ihrer Proteste wahrscheinlich nicht verringert. In drei Protesttagen ab 10. Juli 2020 starben mindestens 14 Demonstranten, einige von ihnen durch Kugeln der von der EU ausgebildeten FORSAT-Spezialeinheit, die, wie die Pressestelle der EU-Ausbildungsmission gegenüber der ARD kund gab, nicht für den Einsatz bei Demonstrationen ausgebildet seien.<sup>23</sup> Schon vorher kritisierten Organisationen wie Amnesty International wiederholte Angriffe auf die Zivilbevölkerung durch Sicherheitskräfte.<sup>24</sup> Eine der Kernforderungen der Demonstranten war deswegen, neben dem Rücktritt Keitas und der Annullierung der Wahl, auch ehrliche Ermittlungen und die Bestrafung der Verantwortlichen für die bei Demonstrationen getöteten Menschen. Mitte Juli 2020 versuchten Mediatoren der ECOWAS zwischen Regierung und Opposition zu vermitteln, die M5-RFP lehnte den Deal jedoch ab, da ihre „rote Linie“, dass der Präsident abtreten müsse, in dem Vorschlag der ECOWAS, eine Einheitsregierung zu bilden, nicht berücksichtigt wurde.<sup>25</sup> Am 10. August schwor Keita neun neue Richter am Verfassungsgericht ein, wie es ihm die ECOWAS zur Lösung des Konfliktes

### **Rezeption des Putsches in deutschen Medien und NGOs**

Die deutsche Zivilgesellschaft ist derweil gespalten über die Bedeutung des Putsches. Linke Medien wie die Junge Welt begrüßten den Putsch, besonders da auch die M5-RFP ihn unterstützte, die lieber von einem „Volksaufstand“ als einem Putsch spricht. Sie stellt hier einmal eine andere führende Persönlichkeit der Bewegung in den Fokus, den Vorsitzenden der marxistischen Partei SADI, Oumar Mariko, der zur Unterstützung des Militärs aufrief.<sup>32</sup> Kollege Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) spricht in einem Telepolis-Artikel von „Lippenbekenntnissen“ bei der Verurteilung des Putsches, da die „EU-Verteidigungsminister\*innen auf ihrem Gipfel in Berlin am 26. August die Forderung nach der Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung weitgehend haben fallen lassen und stattdessen ankündigten, die Ausbildung mali-scher Soldaten schnellstmöglich wieder aufzunehmen.“<sup>33</sup> Auch die Putschisten haben wohl sofort angekündigt mit MINUSMA, EUTM und Barkhane weiter zusammen arbeiten zu wollen. Er betont auch, dass, entgegen schnell geäußerter Dementi, die Putschisten wären zwar in Russland und den USA, nicht aber von der EU ausgebildet, einige von ihnen, darunter ihr Anführer Goita, doch in Deutschland und Frankreich ausgebildet wurden. Olaf Bernau, der für Afrique-Europe-Interact arbeitet, kritisierte die Position des IMI-Vorstands und Die Linke Bundestagsabgeordneten Tobias Pflüger, der den Putsch zum Anlass nahm, für ein Ende der Militäreinsätze dort zu werben. Bernau wies darauf hin, dass „62,4 Prozent der Befragten in Mali einen Angehörigen des Militärs als Übergangspräsidenten [befürworten]“ und 63% „für eine zwei- oder gar dreijährige Übergangszeit“ seien.<sup>34</sup> Allerdings wurden 50% aller Stimmen in der von ihm verwendeten Studie in Bamako gesammelt, wo jedoch nur 2,5 Millionen der insgesamt 18,5 Millionen Malier leben.<sup>35</sup> Die Forschungsstelle Flucht & Migration e.V. (FFM) scheint solche Umfragen generell anzuzweifeln. Sie meinen, dass 60% der Menschen auf dem Land leben und „keinen Empfang und keine Stimme“ haben, und dass fast ausschließlich Leute aus einer „kleinen, frankophonen, akademisch ausgebildeten und in staatsnahe Strukturen eingebundenen Schicht“ zu uns sprechen.<sup>36</sup>

vorgeschlagen hatte. Nach Al Jazeera Reporter Nicolas Haque habe dies jedoch das Gefühl in den Protestierenden geweckt, dass „Keita seine Macht missbraucht, um Verbündete um sich zu scharen.“<sup>26</sup> Danach organisierte die Opposition wieder Massenproteste und Blockaden. Ein Protestcamp wurde mit Wasserwerfern geräumt. Am 18. August meuterte dann eine Gruppe von Offizieren aus der Garnison in Kati, einer Stadt südlich von Bamako, aus der auch der 2012er Putsch hervorging und wo die EUTM ausgebildet. Die Soldaten fuhren in gepanzerten Wägen in die Stadt ein und setzten Keita und seinen Premierminister Boubou Cisse fest. Am nächsten Tag traten beide von ihrem Amt zurück. Die Putschisten unter Colonel Assimi Goita, dem Chef der Spezialkräfte in Zentralmali, formten das Nationale Komitee zur Rettung des Volkes (Comité national pour le salut du peuple – CNSP) und lösten das Parlament auf.<sup>27</sup>

Nicht nur die ECOWAS waren schon vor dem Putsch involviert, auch EU und Frankreich hatten sich mehrfach zur Krise in Mali geäußert. Frankreich hatte sich schon vor den blutigen Protesten Anfang Juli, am 22. Juni, besorgt über die Situation gezeigt, verurteilte dann Mitte Juli die Gewalt, betrauerte die Toten, und drängte zu Dialog und Lösung.<sup>28</sup> Die EU äußerte sich nach den Ausschreitungen in einem gemeinsamen Communiqué mit ECOWAS, AU und UN vom 12. Juli, worin sowohl Angriffe auf Gebäude durch Demonstranten wie auch die „Benutzung tödlicher Gewalt von Seiten der Ordnungskräfte“ kritisiert werden.<sup>29</sup> In einer anderen Stellungnahme zehn Tage später fordert die EU auch die Wiederherstellung der Legitimität der Nationalversammlung und stellt sich hinter die ECOWAS-Forderung einer Einheitsregierung.<sup>30</sup> Nach dem Putsch verurteilten dies alle drei Akteure und forderten eine Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung. Allerdings forderte Frankreich schon einen Tag nach dem Putsch, im Gegensatz zur ECOWAS, nicht mehr die Rückkehr Keitas, sondern nur die Freilassung der gefangenen Regierungsmitglieder und die Rückkehr zu einer zivilen Regierung.<sup>31</sup> Nur die ECOWAS belegte Mali mit wirtschaftlichen Sanktionen.

Allerdings zeigte sich die M5-RFP schnell enttäuscht mit dem CNSP, da dieser zuerst eine Übergangszeit von drei Jahren vorschlug und die Bewegung nicht in seine Konsultation für die Zukunft Malis mit einbezog.<sup>37</sup> Die Übergangszeit wurde auf internationalen Druck hin auf 18 Monate verkürzt und der Forderung der ECOWAS einen „zivilen“ Präsidenten einzusetzen, kamen die Putschisten Ende September 2020 mit der Einsetzung des pensionierten Colonels und ehemaligen Verteidigungsministers Bah N'Daw nach. Putschführer Goita kam das Amt des Vize-Präsidenten zu. Kurz darauf trafen beide die Botschafter

*Soldaten der MINUSMA in ihrem bei einem Angriff demolierten Camp. Bei dem Angriff starben sechs guineische Peacekeeper.*

*Quelle: UN-Foto/Marco Domino*



von Frankreich und der EU. N'Daw gab außerdem an, dass der Kampf gegen die Korruption und das Ausmerzen von Machtmissbrauch der Streitkräfte gegenüber Zivilisten oben auf seiner Agenda stünden. Derweil versucht die Bewegung M5-RFP Zusammenhalt und Optimismus zu zeigen, obwohl der CNSP die Forderungen der M5-RFP für die Übergangsregierung – übergeben als sich der CNSP nach Beschwerden doch zu einer Audienz mit dem Komitee der Bewegung durchrang – größtenteils ignorierte.<sup>38</sup> Ein Journalist der malischen Zeitung Le Combat fasste es am 3. Oktober in diesen Worten: „Diese Junta, die den elegantesten Coup unserer Geschichte hervorbrachte, applaudiert von der großen Mehrheit der Malier für die Befreiung von einem korrumpierten Regime, vergöttert für diese heldenhafte Tat, ist dabei, mit ihrer Überheblichkeit alle zu enttäuschen.“<sup>39</sup> Sie sei weit entfernt von den inklusiven Plänen, die sie zuerst verkündet habe und kontrolliere alles alleine. Derweil scheinen die ECOWAS, die EU und Frankreich schon weitestgehend befriedigt. Die Sanktionen wurden aufgehoben.

## Elfenbeinküste

Kurz vor der Wahl am 31. Oktober 2020 gelangte auch die Elfenbeinküste wieder zu internationaler Medienaufmerksamkeit. Bei Protesten gegen eine erneute Kandidatur des seit 2010 herrschenden Alassane Ouattara kommt es seit Mitte des Jahres immer wieder zu Toten. Um den Konflikt zu verstehen, kommt man nicht umhin, den seit 30 Jahren andauernden Machtkampf der drei Herren nachzuzeichnen, die je für knapp 10 Jahre herrschten, seit der Ein-Parteien-Herrscher Félix Houphouët-Boigny (FHB) 1993 starb. Dieser war schon in der französischen Verwaltung Abgeordneter und Minister für französisch Afrika gewesen und führte die Elfenbeinküste nach der Unabhängigkeit 1960 in enger Zusammenarbeit mit Frankreich. Dabei entwickelte sich eine starke gegenseitige Abhängigkeit von Frankreich und den Eliten ihrer wirtschaftsstärksten Ex-Kolonie,<sup>40</sup> die sich in dem Machtkampf widerspiegelt.

## *Bédié, Gbagbo, Ouattara und der ivorianische Bürgerkrieg*

Als Ouattaras Vorgänger, Laurent Gbagbo, im Jahr 2000 an die Macht kam, hatte er 30 Jahre Kampf für die Demokratie hinter sich. Als Student setzte er sich für eine unabhängige Studierendenversammlung, außerhalb der Ein-Parteien-Union des regierenden Félix Houphouët-Boigny, ein und wurde dafür 1969 mit hunderten anderen Studenten inhaftiert. Nach dem Studium lehrte Gbagbo Geschichte an der Universität von Abidjan, schrieb politische Schriften gegen das Einparteien-Regime, wurde ein weiteres Mal für seinen Aktivismus eingesperrt und bereitete die Gründung der Partei Front Populaire Ivoirienne FPI im Untergrund vor. Als er beschuldigt wurde, einen Umsturz zu planen, floh er 1988 ins französische Exil. Von dort kehrte er zurück, nachdem Houphouët-Boigny 1990 die erste Wahl mit mehreren Parteien zuließ. Doch FHB wurde ein weiteres Mal im Amt bestätigt und erst nach seinem Tod vom Parlamentspräsidenten Henri Konan Bédié ersetzt, der 1995 in Wahlen als Präsident bestätigt wurde. Kurz vor der nächsten Wahl wurde Bédié dann 1999 von FHBs Generälen geputscht. Der Putschistenführer Robert Guéi kandidierte in der kommenden Wahl und bestand darauf gewonnen zu haben, obwohl Gbagbo wohl knapp 60% der Stimmen erhielt. Demonstranten vertrieben Guéi letztendlich vom Präsidentenpalast und Gbagbo zog ein. Direkt

nach seiner Wahl führte er Afrikas erste öffentliche Gesundheitsversorgung ein und setzte der Privatisierungspolitik seines Vorgängers ein Ende, die französischen Firmen eine Dominanz in Bereichen wie Telekommunikation, Logistik und Elektrizität eingebracht hatten.<sup>41</sup> Obwohl er es schaffte, die Staatsverschuldung von 84% des BIPs im Jahr 2000 auf 29% im Jahr 2009 zu senken, brachten ihm seine strukturelle Umorientierung natürlich den Unmut von Weltbank und Internationalem Währungsfond (IWF) ein.<sup>42</sup> Doch schon nach zwei Jahren seiner Amtszeit gab es einen Putschversuch gegen Gbagbo, nach dessen Scheitern sich mehrere Parteien im muslimischen Norden zur Rebellengruppe Forces Nouvelles (FN) zusammenschlossen – ihr Führer: Guillaume Soro. Bei einem Luftangriff auf eine Rebellenbastion im Norden, während eines von beiden Seiten schon missachteten Waffenstillstandes, wurden 2004 neun französische Soldaten und ein US-Amerikaner (manchen Medien zufolge ein Entwicklungshelfer) getötet, woraufhin Frankreich die komplette ivorische Luftwaffe ausschaltete, die neben einigen Helikoptern auch zwei neue russische Kampffjets beinhaltete. Gbagbo hatte dem exklusiven Recht Frankreichs auf Ausstattung der ivorischen Armee ein Ende bereitet – und wurde dafür bestraft. Bei Demonstrationen gegen den Eingriff Frankreichs, und für einen Abzug aller französischen Soldaten, tötete die französische Armee zwischen 20 und 60 unbewaffnete Zivilisten und verletzte Tausende schwer. Die Kolonialmacht brachte strategische Punkte der wirtschaftlichen und Defacto-Hauptstadt Abidjan unter ihre Kontrolle.<sup>43</sup> Ein 2007 unter Frankreichs und burkinischer Schirmherrschaft geschlossener Friedensvertrag verlangte eine Beteiligung der Rebellen an der Regierung, der gegen den Willen von tausenden Demonstranten in Abidjan durchgezogen wurde. Soro wurde Ministerpräsident und die 10.000 UN-Peacekeeper (UNOCI) blieben im Lande. Zwar erreichte Gbagbo 2008 noch einen Deal mit der französischen Regierung, der einen Abzug der französischen Truppen vorsah (die nicht unter dem UN-Mandat stehen), doch dazu kam es nicht mehr. Obwohl ein Friedensvertrag von 2007 eine komplette Entwaffnung der Rebellen und die Regierungskontrolle der nördlichen Gebiete als Voraussetzung für neue Wahlen nannte, beugte sich Gbagbo 2010 schließlich dem internationalen Druck und veranlasste die Präsidentenwahl, zu der auch der von den Rebellen unterstützte Ouattara zugelassen war.

Ouattara, Abkömmling eines alten afrikanischen Königsgeschlechts, studierte in Amerika und machte dann Karriere beim Internationalen Währungsfond (IWF), wo er Afrika-Direktor wurde, und der Westafrikanischen Zentralbank, die er als Gouverneur leitete. Nachdem er dem Land zuerst als Vorsitzender des Interministeriellen Ausschusses für die Koordinierung des Stabilisierungs- und Konjunkturprogramms vom IWF aufgezwungen wurde, diente er unter Houphouët-Boigny als Ministerpräsident.



Er wollte diesen eigentlich nach dem Tod ersetzen, unterlag aber in regierung-internen Machtkämpfen gegen Bédié. Dieser änderte dann die Voraussetzungen für Präsidentschaftskandidaten so, dass ein Nachweis erbracht werden muss, dass beide Eltern Ivorianer sind. Das Konzept der Ivorité war zuerst von Ouattara (unter Houphouët-Boigny) in Blei gegossen worden, indem er neue Ausweise mit strengen Regeln bezüglich der Herkunft einführte. Nun schlug es zurück – Ouattaras Mutter stammt wohl aus Burkina Faso. Er wurde nicht zu den Wahlen zugelassen und ging ins Exil nach Frankreich. Erst kurz vor der Wahl 2010 kehrte er zurück, nachdem Gbagbo, auf Forderung der Rebellen und Frankreichs, ihm einen diplomatischen Pass ausstellte und ihn zur Wahl zuließ.

### *Strittige Wahl und Regime Change 2010*

Als die durch mehrere Jahre Bürgerkrieg verschobene Wahl nun endlich durchgeführt wurde, ohne dass die eigentliche Vorgabe, die Entwaffnung der Rebellen, erfüllt war, waren Probleme wohl schon vorprogrammiert – was die damalige US-Botschafterin Wanda L. Nesbitt prophezeite.<sup>44</sup> Schon im ersten Wahlgang waren die Ergebnisse angefochten worden, doch das Verfassungsgericht ordnete einen zweiten Wahlgang an, eine Stichwahl zwischen Gbagbo und Ouattara. Bédié, der dritte aussichtsreiche der insgesamt 14 Kandidaten, gab an, Ouattara zu unterstützen. Der Ton der Kampagnen wurde aggressiver. Gbagbo beschuldigte Ouattara schon da des Coups, und auch des Putsches 1999 gegen Bédié, und Ouattara sagte Gbagbo brächte den Ivorianern Krieg. Mit einiger Verspätung veröffentlichte der Leiter der Unabhängigen Wahlkommission (IEC), eigenmächtig und im Golf Hotel, aus welchem Ouattara seine Wahlkampagne steuerte, die vorläufigen Ergebnisse und den Sieg Ouattaras. Der Verfassungsrat, von der Verfassung beauftragt Wahlstrittigkeiten zu regeln, annullierte die Ergebnisse einiger Bezirke im von Rebellen kontrollierten Norden, auf Unregelmäßigkeiten verweisend, und erklärte Gbagbo zum Sieger der Wahl. Doch Frankreich, die USA, ECOWAS und EU hatten Ouattara nach der Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse der Wahlkommission schon als Präsidenten anerkannt. Obwohl der amtierende Gbagbo Einspruch einlegte, den das Verfassungsgericht auch billigte, wurde Ouattara in besagtem Hotel, in Abwesenheit des eigentlich vorgeschriebenen Verfassungsrates, eingeschworen und die Westafrikanische Zentralbank überantwortete ihm die Konten des Landes. Den Verfassungsrat ignorierend, akzeptierte auch der damalige Generalsekretär der UN, Ban Ki-Moon, die vorläufigen Ergebnisse als endgültig. Zwar akzeptierte der Sonderbeauftragte der UN, Young-jin Choi, im Gegensatz zur IEC, einige von Gbagbos Einsprüchen, diese hätten die Wahl jedoch nicht verändert. Der UN-Sicherheitsrat billigte infolgedessen den Eingriff der Peacekeeper und der französischen Operation Licorne, die mit Panzern und Helikoptern (angeblich zum Schutz der Zivilbevölkerung)<sup>45</sup> den Präsidentenpalast angriffen und, zusammen mit den FN-Rebellen, die man aus dem Norden hatte vorrücken lassen, nahm man Gbagbo fest.

Ouattara ist seitdem Präsident und Gbagbo saß die meiste Zeit in Belgien in Haft, bis der Internationale Strafgerichtshof ihn letztes Jahr wegen den Anklagen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit freisprach. Die damaligen Geschehnisse und Menschenrechtsverletzungen wurden sehr einseitig aufgearbei-

*Ein Rebell gibt seine Munition im Rahmen der Entwaffnung ab. Die meisten wurden jedoch in die Streitkräfte aufgenommen. Der Verteidigungshaushalt stieg unter Ouattara.*

*Quelle: UN-Foto/flickr*





die in anderen Städten weitere zehn Menschen töteten. Die in der jW interviewte ehemalige Ministerin berichtet außerdem von Inhaftierungen von Oppositionellen, „darunter führende Kräfte der Zivilgesellschaft, wie die Präsidentin der NGO »Alternative Citoyenne Ivoirienne«“. <sup>55</sup> Oppositionelle Kräfte werden auch auf allen möglichen legalen Wegen behindert. Die Immunität eines oppositionellen Abgeordneten wurde ignoriert und er wegen Verbreitung von Falschinformationen und Aufruf zum Aufstand verurteilt, weil er in einem Twitter-Post mutmaßte, dass ein anderer Abgeordneter, der wegen Korruption angeklagt ist, wohl bald festgesetzt würde. Beide stellen sich gegen eine weitere Kandidatur Ouattaras. Eine Delegation von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen und ein Journalist der schweizerischen Tageszeitung *Le Temps* wurden an der Tür der Wahlkommission festgenommen, nachdem sie einer Einladung zu einer Audienz der viel kritisierten Institution gefolgt waren. Sie wurden zusammengeschlagen, 36 Stunden festgehalten und dann ohne Anklage auf freien Fuß gesetzt. Seit dem 19. September gilt ein komplettes Demonstrationsverbot. Trotzdem kommt es immer wieder zu Zusammenstößen. Erst Mitte Oktober wurde das Haus von Gbagbos langjährigem Premierminister und nun Präsidentschaftskandidat, Pascal Affi N'guessan, abgebrannt. Es kam wieder zu Toten.

Die fest in Händen der regierenden Partei gewählte Wahlkommission steht besonders in der Kritik, da sie einige der beliebtesten Opponenten Ouattaras nicht zur Wahl zulässt. Ouattaras einstiger Unterstützer und Sprecher des Parlaments Guillaume Soro wurde, nachdem er seine Kandidatur bekannt gab, während eines Aufenthalts in Frankreich der Korruption und der Verschwörung gegen den Präsidenten angeklagt und zu 20 Jahren Haft verurteilt und ist somit nicht zur Wahl zugelassen. Auch Gbagbo wurde von einem ivorischen Gericht in Abwesenheit dafür verurteilt, während der Krise Staatsfinanzen geklaut zu haben, <sup>56</sup> sodass er nicht zurückkehren kann und nicht zur Wahl zugelassen ist. Insgesamt wurden nur vier der 40 Kandidaturen von der Wahlkommission zugelassen. Der Afrikanische Gerichtshof für Menschen- und Völkerrecht (ACHPR) fordert deswegen eine Überarbeitung der Wahlkommission. <sup>57</sup> Die belgische NGO CrisisGroup schloß sich dem an und empfahl eine Verschiebung der Wahl, die Erlaubnis der Rückkehr von Gbagbo und Soro und die Freilassung der inhaftierten Parlamentarier. <sup>58</sup> Ouattara war jedoch bis jetzt zu keinen Zugeständnissen bereit. Kurz vor der Wahl riefen deshalb die beiden Oppositionskandidaten Bédié und N'Guessan von Gbagbos Partei zum Boykott der Wahl auf, was bis zur aktiven Behinderung derselben ging. In der Wahl, an der laut der Wahlkommission fast 54% aller Wahlberechtigten teilnahmen, soll Ouattara dann mit knapp 94% der Stimmen gewählt worden sein.

Wegen Unruhen im ganzen Land haben die Sicherheitskräfte die Häuser vieler Oppositioneller Führer umstellt. N'Guessan steht derweil unter Arrest, weil er eine Parallel-Regierung, einen Übergangsrat ausgerufen habe. Die offiziellen Zahlen der Toten im Zusammenhang mit der Wahl stieg derweil auf 85, davon 34 vor, 20 am und 31 nach dem Tag der Wahl. Die UN spricht von 8000 geflüchteten Ivorianern in den umliegenden Ländern. Die Regierung macht die Opposition und das Ausrufen des Übergangsrates dafür verantwortlich. Bédié, in dessen Haus N'Guessan den Übergangsrat ausrief, dem Bédié vorstehen sollte, traf am 11. November dann Ouattara unter den Bedingungen, dass die Blockaden vor den Häusern der Oppositionsführer verschwinden sollen und die Anklagen fallen gelassen werden. Der Ort für das Treffen war historisch: Das Golf Hotel, in dem Bédié auch anwesend war, als sich Ouattara 2010 zum Präsidenten künden ließ. <sup>59</sup>



*Ein ivorischer Dorfältester handelt mit einem jungen Burkinaabé-Immigranten die Konditionen und Ernte-Abgaben für die Landnutzung aus. Der Besitz von Land außerhalb von Siedlungsgebieten ist Ivorianern vorbehalten. Für Immigranten, die aus dem trockenen Burkina Faso in die grüne Elfenbeinküste kommen, ist dies ein Hindernis. Doch Ouattaras Reform der Landrechte könnten auch internationalen Konzernen die Tore öffnen.*  
Foto des Autors, 2018

Ob Gbagbo letztendlich geputscht wurde oder nur ein an der Macht klammernder Präsident war, der die institutionellen Gegebenheiten ausnutzte – die Reaktion der internationalen Organisationen und Frankreichs sind sehr verschieden zu ähnlichen Fällen. Und nicht nur die Parteinahme und der gewaltsam herbeigeführte Wechsel vor zehn Jahren, sondern auch das Schweigen heute ist besonders. Frankreichs letztes Communiqué zur Elfenbeinküste, am 6. März 2020, lobt Ouattara in der Entscheidung nicht als Kandidat anzutreten. Obwohl seine Kandidatur seit August bekannt ist, konnte sich Frankreich zu keiner erneuten Stellungnahme durchringen. <sup>60</sup> Die ECOWAS veröffentlichte einzig die Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission zur diesjährigen Wahl – ohne jegliche Rüge für Ouattaras erneute Kandidatur oder die Gewalt auf den Straßen. Einzig die EU mahnte (nach Monaten) an, dass bürgerliche Freiheit und Demonstrationsfreiheit gegeben sein müssen, dass Ermittlungen wegen der Gewalt bei Demonstrationen eingeleitet werden sollen und dass der Verfassungsrat mit seiner Zulassung der Kandidaten für eine inklusive und faire Wahl verantwortlich ist. <sup>61</sup> Doch im Vergleich zu dem großen Druck, den andere Herrscher (wie z.B. Lukaschenko) in solchen Fällen erfahren, kann Ouattara diese Lippenbekenntnisse ohne Sanktionen oder Drohungen wohl eher als ‚weiter so‘ verstehen. Macron gratulierte Ouattara derweil zur Wiederwahl.

## Guinea

Das rohstoffreiche Land an der Biegung der westafrikanischen Küste, das wegen den Konflikten nach der Wahl am 18. Oktober 2020 auch wieder in den Medien erschien, brach am heftigsten mit der französischen Kolonialmacht. Es errang als erste französische Kolonie 1958 die Unabhängigkeit und lehnte die Bedingungen der französischen Union, die Verträge, die Frankreich exklusive Rechte für Militärausstattung und Zugang zu Rohstoffen gewährten, ab. Auch aus dem CFA-Franc stieg der erste Präsident, Ahmed Sekou Touré – eine Ikone für afrikanische Antikoloniale – aus. Sein Spruch „Wir möchten lieber arm und frei sein, denn reich und versklavt“, nach dem De Gaulle verärgert abreiste, wird bis heute zitiert. Touré, der mit 23 die erste Gewerkschaft Guineas gründete, orientierte sich lange Zeit am Ostblock, las und schrieb marxistische und politische Werke, aber organisierte keine Wahlen. Beides änderte der nachfolgende Lansana Conté, der nach dem Tod Tourés 1984 die Übergangsre-

gierung putschte, eine neue Republik ausrief, mit dem Ostblock brach, die Marktwirtschaft und den IWF ‚einführte‘ und sich ab 1993 regelmäßig in gefälschten Wahlen bestätigen ließ. Die neue Abhängigkeit von internationalen Kreditinstitutionen und die liberalisierte Wirtschaft konnten jedoch die Armut in dem rohstoffreichen Land nicht beseitigen, sodass eine Umkehrung von Tourés Zitat nicht eintraf. Obwohl das Land neben Gold und fossilen Energieträgern auch über die drittgrößten Bauxitreserven der Welt verfügt, dem Erz aus dem Aluminium gewonnen wird, lebt über die Hälfte der Bevölkerung in Armut.

Der nun amtierende Präsident Alpha Condé wurde 2010 gewählt, in einer Abstimmung, die von vielen als erste freie Wahl des Landes bezeichnet wird. Conté hatte zwar nach acht Jahren seiner Herrschaft 1993 Wahlen und ein Mehrparteiensystem zugelassen, regierte jedoch trotzdem bis zu seinem Tod in 2008. Condé hatte Conté in jeder der vorigen Wahlen herausgefordert, gewann jedoch erst 2010 in einer Wahl, die von einer Militärjunta organisiert wurde, die nach Contés Tod geputscht hatte. Seine Wiederwahl in 2015 wurde von der EU als frei und friedlich bewertet. Als Conté 2001 die Verfassung reformierte, und Amtszeiten und Altersgrenzen abschaffte, lehnte Condé dies ab. Seine jetzige Verfassungsänderung erlangt einige Legitimität daher, dass die Verfassung von 2010 von der Militärjunta eingeführt wurde und ihr somit jede demokratische Legitimation fehlt. Sie besticht außerdem mit der Einführung von Gesetzen für die Geschlechtergerechtigkeit, dem Verbot der Genitalverstümmelung von Frauen und gleichem Scheidungsrecht für beide Geschlechter, sowie dem Verbot von Kinderarbeit und einer Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr. Paul Melly, Westafrika-Experte des Londoner Think Tanks Chatham House, meinte dazu gegenüber der Deutschen Welle, dass Condé weiß, dass diese Themen positiv von der ECOWAS und der internationalen Gemeinschaft aufgenommen würden, solche Themen jedoch eigentlich über normale Gesetzgebung erledigt würden.<sup>62</sup>

### *Verfassungsreferendum 2020*

Für die Opposition war klar, dass Condé mit dem Verfassungsreferendum am 22. März 2020 seine Kandidatur sichern wollte. Die Begrenzung auf maximal zwei Amtszeiten wird darin zwar nicht angerührt (die Amtszeit wird jedoch auf sechs Jahre erhöht) aber wie in der Elfenbeinküste steht die Argumentation, dass mit einer neuen Verfassung eine neue Republik beginnt und damit die Amtszeiten-Zählung neu startet. Die Opposition stellte sich energisch gegen das Verfassungsreferendum und rief zum Boykott derselbigen auf, was defacto auch den Boykott der im selben Zug durchgeführten Parlamentswahlen bedeutete, und in eine Annahme der neuen Verfassung mit knapp über 90% befürwortender Stimmen und einer 2/3 Mehrheit der Regierungspartei im Parlament mündete. Der Plan, der Wahl durch eine zu niedrige Wahlbeteiligung die Legitimation zu entziehen, war gescheitert, da angeblich 61% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hätten. Allerdings hatte die Internationale Organisation der Francophonie (OIF), welche ähnlich dem englischen Commonwealth ein Staatenbund ehemaliger französischer Kolonien ist, schon vor der Wahl starke Bedenken wegen der Liste der Wahlberechtigten angemeldet. Von 7,7 Millionen registrierten Wählern seien 2,5 Mio. nicht verifizierbar gewesen, weshalb die regionalen Organisationen AU und ECOWAS keine Wahlbeobachter sendeten.<sup>63</sup> In einer Stellungnahme nach der Wahl rief die ECOWAS jedoch nur alle Parteien zur Abstinenz von Gewalt auf, und sprach von Solidarität mit der Regierung und den Familien der Verstorbenen, ohne auf die autoritäre Rolle

der Regierung oder den Verlauf der Wahl einzugehen:<sup>64</sup> Das französische Außenministerium verurteilte die „nicht-inklusive und nicht-einvernehmliche Natur der Wahl“, die keine Durchführung glaubwürdiger Wahlen erlaube.<sup>65</sup> Human Rights Watch meldete mindestens 30 Todesfälle in Demonstrationen zwischen Oktober 2019 und Januar 2020 und mindestens 40 gewaltvoll-verschwundene Oppositionelle zwischen Mitte Februar und 10. April, sowie viele weitere Inhaftierte.<sup>66</sup> Eine guineisches Online-Magazin berichtet außerdem von einem Massengrab mit 10 bis 60 Toten von den Ausschreitungen um das Referendum in einem Wald nahe der Provinzhauptstadt N‘zérékoré, welcher schon vorher für solche Zwecke genutzt worden sein soll. Nur die EU kritisierte, neben der nicht-einvernehmlichen Natur der Wahl und dem zweifelhaften Wahlregister, auch explizit die „Gewalttaten und den unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt von Seiten der Behörden.“<sup>67</sup>

Dass sich die ECOWAS, trotz des Verzichts auf Wahlbeobachter bei dem Referendum und des Limits von zwei Amtszeiten für Präsidenten im eigenen Protokoll für gute Regierungsführung, zu keinerlei Verurteilung durchringen konnte, und von Solidarität mit der Regierung spricht, könnte damit zu tun haben, dass hier amtierende Staats- und Regierungschefs die Entscheidungen treffen, und manche, wie Ouattara, auf ähnliche Lösungen hoffen. Das Wahlregister für die Präsidentenwahl billigte der Leiter einer diplomatischen ECOWAS-Mission nach Guinea, Francis Behanzin, im September 2020 als „qualitativ ausreichend für die nächsten Wahl.“ Mit nur 5,4 Millionen Wahlberechtigten scheint sie den Kritikpunkt der OIF hinter sich gelassen zu haben, obwohl die Opposition kritisiert, dass in einigen von Condés Stammwähler-Gegenden auffällig viele Wähler registriert sind, was die Regierung mit ökonomischer Migration in diese Gegend begründet.<sup>68</sup> Dass der Präsident im Mai in die Ersetzung eines an Covid-19 verstorbenen Mitglieds der Wahlkommission eingriff, und sich damit über das Recht der zivilgesellschaftlichen Organisation stellte, einen Nachfolger für ihren Kandidaten zu ernennen,<sup>69</sup> hat die Ablehnung der kommenden Wahl von Seiten der Opposition sicher nicht verringert. Condé spricht selbst von einem Krieg zwischen Opposition und Regierungsunterstützern und trägt damit sicher nicht zur Deeskalation bei. Ethnizistische Untertöne in seinen Diskursen verschärfen Konflikte in der Bevölkerung weiter. Condé gehört der zweitgrößten Ethnie der Malinke an, und wird auch von den verwandten Susu unterstützt. Sein Widersacher Diallo gehört zur Ethnie der Fulbe, auch Fulani oder Peul genannt, die die größte ethnische Gruppe des Landes sind und sich diskriminiert fühlen, da sie noch nie den Präsidenten stellten.

### *Präsidentenwahl 2020*

Als Cellou Dalein Diallo, kurzzeitiger Premierminister unter Conté und seit langem Chef der größten Oppositionspartei Union der demokratischen Kräfte in Guinea (UFDG), seine Kandidatur in der kommenden Wahl ankündigte, wurde er von dem Oppositionsbündnis Nationale Front zur Verteidigung der Verfassung (NFDC), das seine Partei ursprünglich gründete und dominierte, ausgeschlossen. Kurz nach der Wahl am 18. Oktober 2020 verkündete Diallo dann, er habe die Wahl gewonnen. Dies hätte seine Partei über die öffentlich gezeigten Einzelergebnisse der Wahllokale berechnet. Die Wahlkommission zählte jedoch 60% der Stimmen für Condé. Bei Protesten starben seit der Wahl zwischen 20 und 50 Personen. Diallo will nun legal gegen die Wahl vorgehen, während sich ein Afrika-Spezialist im Wirtschafts-magazin Bloomberg freut, dass Condés Wahl Investoren beruhige.<sup>70</sup>

Mit der bloßen Verurteilung des Referendums, ohne jegliche Sanktionen oder Forderungen der Annullierung, haben es Frankreich und die EU möglicherweise verschlafen, Druck für demokratische Regierungsführung in Guinea aufzubauen. Das von der ECOWAS akzeptierte, von der Opposition aber abgelehnte, Wahlregister könnte dazu führen, dass internationale Organisationen bei Konflikten zwischen Opposition und Regierung die Seite der Regierung unterstützen. Stabilität könnte auch hier das Argument sein, als Lippenbekenntnis für die Bevölkerung und zum Wohle der Mineralexporte. Zwar gehen insgesamt weniger als 15% aller Exporte Guineas in die Europäische Union, doch der weltweit größte Exporteur für das Aluminiumerz Bauxit kommt für mehr als 66% aller Importe dieses Erzes nach Deutschland, dem größten Aluminiumverbraucher der Union, auf, sowie für fast 88% der spanischen und 71% der irischen Bauxit-Importe.<sup>71</sup> Dass gegenüber der eigenen Rohstoffversorgung die Menschenrechte immer ins Hintertreffen geraten, kritisiert auch die Menschenrechtsorganisation FIAN in einem Aufruf zur Annullierung der Kredit-Garantien der Bundesregierung für die Ausweitung einer guineischen Bauxit-Mine, da hier Menschen ohne angemessene Entschädigung von ihrem Land vertrieben werden.<sup>72</sup> Nach Recherchen von Inclusive Development International wird das aus den Erzen dieser Mine gewonnene Aluminium unter anderem von Audi, BMW, Mercedes-Benz und Porsche verwendet.

### Senegal

Der Senegal, das Küstenland im Westen Malis und nördlich Guineas, zählt lange als Musterdemokratie der Region. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gab es dort noch nie einen Putsch oder eine Diktatur. Den ersten richtigen Regierungswechsel gab es allerdings erst vor knapp 20 Jahren. 2001 gewann die Demokratische Partei Senegals (PDS) unter dem Präsidentschaftskandidaten Abdoulaye Wade erstmals gegen die Sozialistische Partei Senegals (PS), die die Politik seit der Unabhängigkeit im Jahre 1960 dominierte.

#### Präsidentenwahl 2012

Als Wade jedoch 2012 ankündigte, doch ein weiteres Mal als Präsidentschaftskandidat anzutreten, da die von ihm durch eine Verfassungsänderung eingeführte Amtszeitenbegrenzung seinen Zähler wohl auf null zurückstelle, flammten Proteste auf. Da er vorher angab nicht noch einmal zu kandidieren, wurde der Schlachtruf „waxoon waxeet“ auf Demonstrationen gegen ihn populär, was soviel wie „versprochen gebrochen“ auf der lokalen Sprache Wolof bedeutet. Er hatte außerdem seinen Sohn Karim Wade in ansehnliche Posten in seiner Regierung beordert, was Angst vor der Errichtung einer Dynastie weckte, wie sie Herrscher in anderen westafrikanischen Ländern wie Togo schon installiert hatten. Über die Ausgaben der öffentlichen Mittel dieses, mittlerweile wegen Veruntreuung verurteilten, Sohnes<sup>73</sup> hatten sich auch die Wege von Wade und seinem ehemaligen Schützling Macky Sall getrennt, der ihn dann 2012 unter dem Jubel der Massen als Präsident ablöste. Für die Anerkennung der Niederlage wurde er von dem damaligen französischen Präsidenten Sarkozy und der Europäischen Union gelobt. Er sei „ein Beispiel für Afrika.“<sup>74</sup>

Macky Sall integrierte den weltberühmten Musiker und Grammy Gewinner Youssou N'dour, der selbst kandidieren wollte, aber nicht zugelassen wurde und Sall daraufhin unterstützte, als Kultur- und Tourismus-Minister in die Regierung und machte den Aktivisten Haïdar el Ali zuerst zum Umwelt- und dann zum Fischereiminister. Rückgehende Fischbestände sind

ein großes Problem in Westafrika, da die Mehrheit der senegalesischen Bevölkerung an der Küste lebt und gesalzener Fisch ein fester Bestandteil des Speiseplans der gesamten Region ist – selbst in Ländern ohne Meerzugang wie Burkina Faso. Im Jahre 2012 waren die Fangzahlen der lokalen Fischer im Vergleich zu zehn Jahren zuvor um 75% gesunken. Dies führte zu Streitigkeiten mit dem Nachbarland Mauretanien, in dessen Gewässern senegalesische Fischerboote mit der Marine zusammenstießen, und befeuerte sowohl den illegalen Transport von Menschen zu den spanischen Kanarischen Inseln, sowie die Emigration der lokalen Bevölkerung nach Europa. Ein Drama wie in Somalia versprach sich anzubahnen. Den Umweltaktivisten El Ali für die Fischerei verantwortlich zu machen, der ein Freund der militanten Umweltorganisation Sea Shepherd ist und Gerüchten nach auf Druck der Holzindustrie vom Posten des Umweltministers vertrieben wurde, war ein ähnlich starkes Symbol wie die Auflösung von 29 Lizenzen internationaler Trawler, die gleich 2012 in den Hafen von Dakar gerufen wurden, um ihren Fang abzuliefern. Obwohl die neue Regierung die unter Wade aufgehobene exklusive Zone für lokale Fischer wieder herstellte, und die internationalen Trawler, die an einem Tag soviel fangen wie die lokalen *Piroguen* in einem Jahr, unter Radarkontrolle gestellt wurden, können sich immer weniger Menschen den Fisch leisten, der für 60% der tierischen Proteine in der Bevölkerung aufkommt, nun aber hauptsächlich in den Fischmehl- und -öl-Fabriken für Tierfutter in Europa, Russland und China landet. Bis heute reißen die Schreckensmeldungen dieser Entwicklung für die Ernährungssicherheit der ganzen Region nicht ab. Senegals Behelfslösung für jetzt scheint die Auslagerung der Fischerei in andere Gegenden zu sein, wie ein 2019 beschlossener Deal zur Öffnung der liberianischen Gewässer für senegalesische Boote zeigt – einem Land, das selbst von der EU gewarnt wird, dass ihm Kapazitäten fehlen, um die registrierten und illegalen Boote zu kontrollieren.<sup>75</sup> Weitere Kennzeichen von Salls Politik sind wirtschaftliche Liberalisierungen und gute Beziehungen mit den USA. Auch er änderte die Verfassung, doch seine Veränderungen enthielten neben einer Verkürzung der Amtszeiten des Präsidenten von 7 auf 5 Jahre auch eine Dezentralisierung der Macht und das Recht der Opposition auf parlamentarische Anfragen, die beantwortet werden müssen. Ob er die in einem Referendum abgesegnete Verfassungsänderung als Möglichkeit zu einer dritten Amtszeit sieht, ist noch unklar.

*Sat u Babak - ein traditionelles senegalesisches Frühstück aus Couscous und kleinen Fischchen. Edle Fischarten können sich die Einheimischen schon lange kaum mehr leisten und auch die Preise von Sardinen und Makrelen steigen.*

Foto: Victor Scheint



## Präsidentenwahl 2019

In der letzten Präsidentenwahl im Jahr 2019 konnte M. Sall seinen Posten sichern. Doch die Sperrung seiner beiden Haupt-rivalen, dem Sohn seines Vorgängers, Karim Wade, und dem Sozialisten Khalifa Sall, Bürgermeister der Hauptstadt Dakar, aufgrund laufender Klagen wegen Korruption und Veruntreuung, überschatteten die Wahl. Auch die unterlegenen zugelassenen Kandidaten äußerten Misstrauen gegen die finalen Ergebnisse.<sup>76</sup> Die Wahlbeobachter der EU bewerteten die Auszählung jedoch positiv.<sup>77</sup> Eine Neuerung der letzten Wahl sei jedoch, so Kujenga Amani (Suaheli für "building peace" und Name der afrikanischen Nachrichtenplattform des weltweit agierenden Social Science Research Councils), dass zum ersten Mal anti-koloniale Rhetoriken den Wahlkampf mitbestimmten. Viele zivilgesellschaftliche Akteure hätten ihre Unterstützung Salls zurückgezogen, nachdem ein Whistleblower aus dem Finanzministerium ihn und seinen Bruder der Korruption bei der Vergabe von Konzessionen der neuentdeckten Öl- und Gasfelder beschuldigte. Viele junge Menschen seien außerdem kritisch gegenüber den neokolonialen Strukturen, die sich in einer Dominanz französischer Firmen in vielen Sektoren von Telekommunikation, Logistik und Banken bis hin zu Supermärkten zeige. Im Gegenzug dämonisierten französische Medien den „progressivsten Kandidaten“ als Salafisten und Muslimbruder, so Kujenga Amani, über den 46-jährigen Whistleblower aus dem Finanzamt, Ousmane Sonko, sprechend, der den Ausstieg aus dem CFA-Franc und mehr Vorteile für heimische Unternehmen fordert.<sup>78</sup>

## Burkina Faso

Im Gegensatz zum Senegal hat das kleine Burkina Faso eine sehr kurze demokratische Geschichte. Es führte bis 1984 noch den Namen des französischen Protektorats Obervolta und war in dieser Zeit von Putschen und Aufständen gekennzeichnet. Der bekannteste und einflussreichste Akteur war Thomas Sankara, der wegen seiner Schriften und seinem Internationalismus auch Afrikas Che Guevara genannt wird. Er verstaatlichte nicht nur die Bodenschätze und lehnte den IWF sowie die Schuldentrückzahlung an Industrienationen ab, sondern kämpfte gegen Korruption, verbot Luxuslimousinen auf Staatskosten (Minister fuhren wie er einen Renault 5), setzte sich besonders für Frauen ein, verbot die weibliche Genitalverstümmelung und Polygamie, begann die Sahara zu begrünen und wurde von der WHO für seinen Kampf gegen Krankheiten wie Polio und AIDS gelobt. Nach nur fünf Jahren wurde er allerdings von seinem ehemaligen Verbündeten Blaise Compaoré weggeputscht und ermordet. Er begründete dies damit, dass Sankara die Beziehungen zu Frankreich geschädigt hätte, und wurde ein enger Verbündeter der ehemaligen Kolonialmacht.<sup>79</sup>

## Aufstand und Putsch 2014

2014 wurde dann auch Compaoré von Putschisten abgesetzt. Große Teile der Bevölkerung demonstrierten vorher gegen eine erneute Verfassungsänderung und seine neuerliche Kandidatur in den für 2015 geplanten Wahlen. Eine im Jahr 2000 von ihm eingeführte Verfassung erlaubte dem Präsidenten zwei Amtszeiten, und stellte seinen Zähler auf null zurück, sodass er 2005 und 2010 erneut kandidieren konnte – und sein Amt behielt. 2014 wollte er diese Begrenzung wieder aufheben – der klassische Verfassungsputsch. Vom Anfang der Massenproteste am 29. Oktober 2014 dauerte es nur wenige Tage, in denen die Pro-

testierenden das Parlament stürmten und Regierungsgebäude sowie das Büro der regierenden Partei anzündeten, bis ranghohe Offiziere der Präsidenten-Garde putschten, Compaoré absetzten und dieser in die Elfenbeinküste floh. Dort kam er in der Villa seines Freundes Ouattara unter. Rund eine Million Menschen sollen in diesen Tagen auf die Straßen gegangen sein, wie France24 Oppositionspolitiker zitierte, andere sprechen von (nur) zehntausenden. Der schweizerische Afrika-Korrespondent Ruedi Küng nennt wachsende Armut gegenüber einer in Zahlen wachsenden Wirtschaft, deren Profite bei nur wenigen hängen blieben, und unverhältnismäßige Regierungsausgaben zum Beispiel für Kampffjets als Grund der Unzufriedenheit und Katalysator für die Proteste.<sup>80</sup> Ein lokales Radio und führende Oppositionelle nannten die Bewegung Revolution 2.0, und referierten damit zu Thomas Sankaras Theorie.<sup>81</sup> Kein Wunder, dass der Afrika-Korrespondent von Reuters die von breiten Teilen der Bevölkerung befürwortete Absetzung Compaorés mit folgendem Tweet kommentierte: „Wenn Blaise geht, schaut darauf wie es präsentiert wird + wie flink Paris und Washington um das Wort ‚Putsch‘ herumtanzen #Burkina Faso“<sup>82</sup> Der Schwarze Frühling, wie Oppositionspolitiker den Protest in Anlehnung an den arabischen Frühling nannten, wurde von EU und Frankreich zuerst verhalten kommentiert. Compaoré solle die Verfassungsänderung nicht durchführen, da dies die Stabilität des Landes gefährde, forderten Sprecher der ehemaligen Kolonialmacht und der Europäischen Union zuerst. Nachdem Compaoré abdankte, lobte Frankreich dies jedoch. Auch die EU bekräftigte das Recht auf Selbstbestimmung der burkinischen Bevölkerung und mahnte, dass eine Lösung das Ergebnis eines breiten Konsenses sein müsse, der die Verfassung respektiert. Auch die ECOWAS sprach sich in diesem Fall gegen die bei Putschen typischen Sanktionen aus.<sup>83</sup>

Die Demonstrierenden blieben jedoch auch nach dem Putsch misstrauisch und die Demonstrationen hielten an. Sie forderten eine zivilen Übergangsregierung, da der Putschführer und zweite Offizier der Präsidentengarde, Isaac Zida, das höchste Amt der Übergangsregierung für sich beanspruchte. Auf den Druck aus der Bevölkerung musste Zida das Amt des Übergangspräsidenten an den ehemaligen Vertreter Burkina Fasos bei den Vereinten Nationen, Michel Kafando, abgeben, und bekam selbst den Posten des Premierministers.

## Fehlgeschlagener Putsch 2015

Regierungspläne, Kandidaten von Compaorés Partei Kongress für Demokratie und Fortschritt CDP nicht bei den Wahlen zuzulassen und die von Compaoré gegründete Präsidenten-

*Gerodetet Wald für die Holzkohleproduktion im Süden Malis. Sankaras Vision, die Ausbreitung der Sahara mit Aufforstung zu bekämpfen, wird heute von der AU verwirklicht. Der Film The Great Green Wall berichtet darüber. Foto des Autors*



garde (RSP) abzuschaffen, führten dazu, dass die RSP 2015 noch einmal putschte und Zida festsetzte. Doch durch die vorrückende Armee – schlechter ausgebildet und bewaffnet als die Elitesoldaten aber in Zahlen überlegen – und den Widerstand der Bevölkerung stand die RSP schnell mit dem Rücken zur Wand. Staatschefs und internationale Organisationen verurteilten diesen Putsch stark. Die EU verlangte ein sofortiges Niederlegen der Waffen von den neuen Putschisten. Kafando flüchtete sich während des Putsches in die französische Botschaft. Die ECOWAS führte zwar, von der Zivilgesellschaft kritisierte, Verhandlungen mit den Putschisten, wobei diese jedoch nicht einmal die einzige Forderung, nicht strafverfolgt zu werden, halten konnten. Die ECOWAS hielt sich damit an ihr Communiqué,<sup>84</sup> das volle Verantwortung forderte. Folglich wurden nicht nur die Putschisten gerichtlich verurteilt, sondern auch die RSP aufgelöst, wobei die Soldaten sich bei anderen Bataillonen wiederingliedern lassen konnten. Die Kandidaten der CDP blieben für die Präsidentschaftswahl 2015 gesperrt.

Bei der gleichzeitigen Parlamentswahl bekam die langjährige Regierungspartei nur noch 18 von 127 Sitzen. Roch Marc Christian Kaboré wurde zum Präsidenten gewählt. Er war Premierminister unter Sankara, wechselte nach dessen Tod jedoch in Compaorés regierende Partei, aus der er kurz vor dem Putsch austrat und eine eigene Partei gründete.

### Präsidentschafts- und Parlamentswahl 2020

In der Abstimmung am 22. November 2020 stand Kaboré wieder zur Wahl, und obwohl seine Regierungszeit durch ein Verlust eines Drittels des Territoriums an Dschihadisten-Gruppen gekennzeichnet ist, erwartete seine Partei einen noch klareren Sieg als in der letzten Wahl. Trotzdem bleibt die Legitimität der Wahl, die nur in einem Teil des Landes stattfand und in manchen Teilen auf die Unterstützung von nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen angewiesen war, und des darin gewählten Präsidenten zweifelhaft.<sup>85</sup> Fast die Hälfte der geschätzten 11 Mio. Wahlberechtigten sei nicht registriert worden, was besonders die Landbewohner und Binnenvertriebene betrifft. Ein neues Gesetz garantiert derweil die Gültigkeit der Wahl, unabhängig davon, wie hoch die Beteiligung ausfalle.<sup>86</sup> Zu Redaktionsschluss schien Kaboré mit wenigen Distrikten Vorsprung zu führen. Capital News berichtete, dass die Opposition sich im Falle eines zweiten Wahlgangs hinter dem erfolgreichsten Oppositionskandidaten sammeln wolle. Fast alle von ihnen hätten sich für Verhandlungen mit den Dschihadisten ausgesprochen, was Kaboré ablehne.<sup>87</sup>

*Burkinische Grundschulkinder lernen in einem Zelt der Unicef in Manegda.*

*Quelle: UN-Foto/Eskinder*



## Niger

Trotz des Reichtums an Rohstoffen wie Uran, Öl und Gold gehört das größte Land Westafrikas, der 80% von Wüste bedeckte Niger, zu den ärmsten Ländern der Welt. Nach der Unabhängigkeit wurde es für 14 Jahre von einer Übergangsregierung geführt. Der Parlamentssprecher aus der Kolonialzeit hatte sich gegen die sozialistische Partei für einen Verbleib in der französischen Gemeinschaft durchgesetzt, und sicherte seine mit Mitgliedern der eigenen Familie und Ethnie besetzten Machtstrukturen durch französische Militärunterstützung. Nachdem er 1974 in einem Putsch abgesetzt wurde, regierte ein Militärregime. 1990 musste diese dem Druck der Gewerkschaften und Studenten weichen und eine Demokratie wurde eingeführt, die aber in den '90er Jahren Schwierigkeiten mit einem Tuareg-Aufstand und zwei weiteren Putschen hatte. 1999 wurde Mamadou Tandja zum Präsidenten gewählt. Doch auch er verpasste seine Chance, nach zwei Amtszeiten die erste Machtübergabe zwischen demokratisch gewählten Präsidenten zu verwirklichen.

### Verfassungsputsch, Proteste und Putsch 2009-10

2009 hielt Tandja ein von der Opposition boykottiertes Referendum über eine neue Verfassung ab, wofür er zuerst das Parlament und dann das Verfassungsgericht auflöste, die das Vorhaben für illegal hielten, und im Ausnahmezustand über seine Amtszeit hinaus regierte. Nachdem Tausende gegen seinen Verfassungsputsch protestierten und die ECOWAS Nigers Mitgliedschaft suspendierte, wurde er im Jahr 2010 von Teilen des Militärs des Amtes enthoben. Die neue Verfassung bewilligte nicht nur weitere, sondern auch längere Amtszeiten und mehr Befugnisse für den Präsidenten. Tandja meinte, dass das Volk ihn weiter an der Macht wolle und er wichtige ökonomische Projekte fertig bringen müsse. Diese Projekte waren für seine Unterstützer seine größten Erfolge. Dazu gehörten vor allem der 2008 unterzeichnete 5 Milliarden Dollar Förderungs-Deal mit Chinas nationaler Ölfirma und der Beginn des Abbaus in der zweitgrößten Uranmine der Welt durch die französische Bergbaufirma Areva.

Sowohl die EU wie auch die ECOWAS verurteilten Tandjas Verfassungsreferendum und verhängten Sanktionen. Die ECOWAS suspendierte Nigers Mitgliedschaft. Die EU setzte, wie auch die USA, alle nicht-humanitären Entwicklungsgelder aus, bis zur verfassungsmäßigen Ordnung zurückgekehrt sei. Frankreich musste sich daran halten, sodass nur China sein Regime weiter finanzierte. Doch in der gemeinsamen Pressekonferenz von Tandja und dem damaligen französischen Präsidenten Sarkozy, in der Tandja erstmals verlautbarte, dass es Sache des Volkes sei, zu entscheiden ob sie ihn weiter an ihrer Spitze wollten, lobte Sarkozy Tandjas Regierungszeit Nigers als „einzige Zeit der Demokratie und Stabilität.“ Er betonte, dass es die Entscheidung des nigrischen Volkes sei und dass er selbst auch die französische Verfassung geändert habe.<sup>88</sup> Während öffentlich-rechtliche Kanäle wie France24 zwar berichteten, dass Frankreich die „wiederholten Angriffe auf die Demokratie“ verurteilte,<sup>89</sup> beklagte die NGO Survie (deren ehemaliger Chef das Wort Franceafrique prägte), dass Frankreich kein Communiqué zu Tandjas Verfassungsputsch veröffentlicht habe. Wie der senegalesische Sender Dakaractu später, mutmaßt Survie, dass Frankreich bei einem Regierungswechsel die Forderung einer Neuverhandlung der Urkonzessionen fürchte.<sup>90</sup>

Dafür spricht auch, dass Frankreich, wie die Afrikanische Union, direkt den Coup des Militärs gegen Tandja verurteilte. Auch die ECOWAS verurteilte diesen, wie alle nicht-verfassungsgemäßen Regierungswechsel, und behielt die Sanktionen

aufrecht, bis eine Rückkehr zur zivilen Regierung gegeben war.

Die militärische Interimsregierung schaffte es jedoch innerhalb von 14 Monaten zuerst in einem neuen Referendum Tandjas Verfassungsänderungen zu annullieren und neue Wahlen abzuhalten. Außerdem wurden Ermittlungen wegen Korruption gegen verschiedene ranghohe Offizielle aus Staatsunternehmen eingeleitet, besonders im Zusammenhang mit den Uranabbau- und Öl-Konzessionen, und diese ersetzt. Der Chef der größten Oppositionspartei unter Tandja, der Nigrischen Partei für Demokratie und Sozialismus (PNDS), Mahamadou Issoufou, wurde daraufhin 2011 zum Präsidenten gewählt. Nachdem er wiederum Korruptionsfälle gegen Militärs ermitteln ließ, wurden schon kurze Zeit nach seinem Amtsantritt einige Offiziere festgenommen, die einen Anschlag gegen ihn geplant haben sollen. Auch bei der letzten Präsidentenwahl im Jahr 2016 konnte Issoufou den Posten verteidigen, jedoch sprach die Opposition von einer Wahl-Parodie, da der aussichtsreichste Oppositionskandidat inhaftiert war. Die ECOWAS und Frankreich bewerteten die Wahl jedoch als fair und friedlich.

### Uran-Extraktivismus

Obwohl Issoufou durch seine Parteizugehörigkeit oft als Sozialist gehandelt wird, beschreibt ihn *The Economist* als „verlässlichen Verbündeten des Westens“.<sup>91</sup> Der gelernte Bergbauingenieur und ehemalige Chef eines der beiden staatlichen Uranminenunternehmen führte den Ausbau des Urangeschäfts, z.B. an Afrikas größter, und der Welt zweitgrößter, Uranmine Imouraren, fort. Sinkende Uranpreise, der japanische und deutsche Atomausstieg nach Fukushima und Verhandlungen um Konzessionsverlängerungen ließen einige Minen die letzten Jahre stillstehen und die Gesamtproduktion sinken. Trotzdem ist der Niger noch zweitgrößter Uran-Lieferant Frankreichs, welches zur Zeit noch 75% seines Stroms aus Nuklearenergie bezieht und nach Deutschland größter Stromexporteur der Welt ist. Dass der Uranabbau die lokale Umwelt und Bevölkerung kontaminiert und krank macht, wird weitgehend unterdrückt. Zum Beispiel wurden im Krankenhaus der Minenregion Arlit, welches von Orano (ehemals Areva), dem lokal aktiven französischen Uranimporteure, betrieben wird, kaum Krankheiten diagnostiziert, die auf Strahlen zurückgehen. Stattdessen erzählt man den Leuten z.B., sie seien an AIDS erkrankt, während französische Gerichte Areva für dieselben Symptome bei französischen Arbeitern verantwortlich machten.<sup>92</sup> Dafür bekam Areva/Orano den Negativpreis Public-Eye-Award für „besonders verantwortungsloses [Verhalten] gegenüber Mensch und Umwelt“ verliehen.<sup>93</sup> Auch die lokale Bevölkerung protestiert immer wieder gegen den Bergbaukonzern, und man hört Stimmen, die den lokalen Eliten vorwerfen, dass das im exportstärksten Sektor erwirtschaftete Geld nicht der Bevölkerung, sondern nur dem eigenen Machterhalt zugute komme, auch unter Issoufou. Dies beziehe sich auch auf die Anti-Terrorismus-Einsätze der westlichen Mächte, die, wie die International Crisis Group berichtete, von vielen in der Bevölkerung als primär der Sicherung von Rohstoffen dienend wahrgenommen werden.<sup>94</sup> (Eine Einschätzung die der Autor aus Mali kennt, wo Malier auf dem Land wie in der Stadt, und auch zivile Franzosen über das französische Militär sagten: „die stehen doch nur um ihre Minen herum, der Rest ist ihnen egal“) Obwohl Issoufou, der übrigens selbst einmal für Areva arbeitete, die extremen Steuervorteile und Verbilligungen für das französische Staatsunternehmen in der Wiederverhandlung der Konzessionen reduzierte, also mehr Prozente für den Niger aushandelte,<sup>95</sup> scheint bei der Bevölkerung wirklich kaum etwas

davon anzukommen. Dies sieht man zum Beispiel daran, dass der viertgrößte Uranexporteur der Welt im Human Development Index der UN weiter auf den 189., und damit letzten, Platz gesunken ist.



Die staatliche Minengesellschaft SOMAIR teilt sich das Gebäude mit AirFrance.

Quelle: Roland Huziakier/wikimedia.org

### Kommende Wahl 27. Dezember 2020

Obwohl Frankreich die Absetzung Tandjas und eine Neuverhandlung der Konzessionen akzeptieren musste, scheint auch Issoufou nicht am Extraktivismus als nationaler Wirtschaftsform rütteln zu können. Ob nun der Kandidat von Issoufous Partei, Mohamed Bazoum, oder sein Gegenkandidat, der ehemalige Kopf der Militärjunta, General Djibo Salou, die Wahl dieses Jahr gewinnen, die Handlungsfähigkeit des Staates basiert auf den Mineral-Exporten. Die Herausforderung, nachhaltigen Frieden im Land wieder herzustellen und eine integrale Wirtschaftsentwicklung auf den Weg zu bringen, wird mit den Erwartungen der Uran-abnehmenden Länder ausbalanciert werden müssen, die für ihre Investitionen einen Fokus auf Militär und Infrastrukturprojekte brauchen und deren Transfers, zusammen mit Entwicklungshilfe, den Staatshaushalt ausmachen.

### Benin

Unter den Sahelstaaten Burkina Faso und Niger, und zwischen den beiden ehemals englischen Kolonien, Ghana und Nigeria, liegen die beiden schmalen Küstenstaaten Togo und Benin. Letzteres war in früheren Zeiten auch als „Sklavenküste“ bekannt, da der Hafen des heutigen Cotonou einer der größten für den brutalen Handel mit Menschen war. Auch heute ist der Hafen als Knotenpunkt für Waren von und für ganz Westafrika (z.B. nigrisches Uran) eine der größten Einkommensquellen des rohstoffarmen Landes, in dem ein Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt. Trotzdem gilt, oder galt, Benin als eines der Musterbeispiele der Demokratie in Afrika. Der nach einem Putsch zu Anfang der ´70er Jahre an die Macht gekommene Marxist Major Mathieu Kérékou hatte 1990 eine Nationalkonferenz einberufen, die eine neue Verfassung verabschiedete und sein Amt nach der folgenden verlorenen Wahl abgegeben. Er wurde jedoch daraufhin noch zwei Mal (1996 und 2001) wiedergewählt. Nachdem seine Amtszeiten 2006 aufgebraucht waren, gab er die Regierungsgeschäfte nach der Wahl an Yayi Boni ab, der diese bis 2016 behielt und dann an den nun amtierenden Patrice Talon weitergab, einem ehemaligen Verbündeten, der jedoch auch in einen Giftanschlag gegen ihn verwickelt gewesen sein soll. Auf Frankreichs Druck hin begnadigte Yayi Talon 2014 von Vorwürfen der Steuerhinterziehung von rund 18 Millionen Euro als Manager von Cotonous Hafen, die Talon ins Exil getrieben hatten, und des Giftanschlags, und ermöglichte ihm damit die Kandidatur.<sup>96</sup>

## Proteste gegen Autoritarismus und Neoliberalismus

Dieser Talon, einer der 15 reichsten Männer Afrikas mit dem ‚ehrevollen‘ Spitznamen „König der Baumwolle“, entspricht zwar mit seiner Liberalisierung der Wirtschaft, Privatisierungen etc. dem westlichen Konsens, scheint aber die, für westafrikanische Verhältnisse doch schon eine Weile andauernde, beninische Tradition der respektierenden Amtsübergabe in Frage zu stellen. Im April 2017 sowie im Juli 2018 versuchte er die Verfassung zu verändern, wobei dies jedoch beim ersten Mal schon in der Abstimmung, ob dies im Parlament diskutiert werden solle, und beim zweiten Mal dann in der Diskussion im Parlament abgelehnt wurde. Auf ein Referendum, das er nach dem 2018er Ergebnis im Parlament hätte abhalten können, verzichtete er, wahrscheinlich weil er sich über die Ablehnung desselben in der Bevölkerung bewusst war. Seine Verfassungsänderungen hätten seine mögliche Amtszeit zwar um maximal zwei Jahre verlängert, da er die erlaubten Amtszeiten auf eine reduziert hätte, welche dann aber auf 6 Jahre verlängert würde. Das Einsetzen eines neuen Gerichtshofs und die Verfolgung politischer Rivalen ließen jedoch schwer zweifeln, dass ihm gute Regierungsführung das Motiv gewesen wäre.

Ein Jahr später änderte er die Wahlgesetze so, dass politische Parteien nun das 30-fache zahlen müssen, um eine Liste mit Kandidaten für Parlamentswahlen einzureichen, während der Preis einer Präsidentschaftskandidatur um das 15-fache auf das Äquivalent nahezu einer halben Millionen Dollar stieg.<sup>97</sup> In der folgenden Parlamentswahl im April 2019 scheiterte die Zulassung aller Parteien, außer zweier Bündnisse, die Talon unterstützten, an dem Konformitäts-Zertifikat, das das Verfassungsgericht kurz vorher einführte. Da der Präsident im Jahr zuvor einen Freund an die Spitze des obersten Gerichts gesetzt hatte, kamen natürlich Befangenheitsvorwürfe auf. Die Opposition boykottierte daraufhin die Wahl, die mit einer Wahlbeteiligung von um die 25% bei weniger als der Hälfte aller vorherigen Wahlen lag.<sup>98</sup> Außerdem gab es Bezirke, wo Wahlurnen verschwanden oder Bürger am Wählen gehindert wurden. Bei darauf folgenden Demonstrationen setzte Talon das Militär ein, das mit scharfer Munition auf Demonstranten schoss und mehrere Menschen tötete.

Der Afrikanische Gerichtshof für Menschen- und Völkerrecht (eine von der AU gegründete Institution) erklärte die Wahl für nichtig, was von Benins Regierung ebenso ignoriert wurde wie eine Liste der Opposition von neun Forderungen für die Rückkehr zur Demokratie. Dieses Jahr verließ Benin dann das Abkommen, nach welchem NGOs und Individuen das Recht haben ihr Land vor diesem Gerichtshof zu verklagen, nachdem Talons ehemaliger Unterstützer und nun Konkurrent, der Magnat Sebastien Ajavon, Beschwerde wegen den, bald darauf trotzdem abgehaltenen, Lokalwahlen einlegte.<sup>99</sup> Amnesty International verurteilte diesen Austritt als „neues Level der wachsenden Repression gegen Andersdenkende“ zusammen mit der Amnestie für die Gewalttäter (des Militärs) in der Gewalt nach den Wahlen, sowie die mutwillige Festsetzung und Verfolgung von Journalisten, Bloggern und Künstlern.<sup>100</sup> Den Beschluss des regionalen Gerichts missachtend, führte die Regierung auch noch Lokalwahlen im Mai 2020 durch – während der Coronapandemie. Auch diese Wahl wurde von der Opposition boykottiert. Dies könnte sich sehr zu ihrem Nachteil auswirken, da ein Präsidentschaftskandidat nach den neuen Wahlregeln die Unterstützung von 16 Parlamentariern oder Bürgermeistern braucht, nun aber nicht nur das Parlament, sondern auch die Gemeinden hauptsächlich von regierungstreuen Politikern vertreten werden.

Die letzte Wahl hat, trotz ihrer für Lokalwahlen unüblichen Bedeutung, international kaum Aufsehen erregt. In Zeiten von

Corona war Afrika für viele noch weiter weg gerückt. Die Wahl von 2019 hatte jedoch einige, mehr oder weniger zaghafte Kommentare von den Regionalbündnissen und Verbündeten provoziert. Die ECOWAS artikuliert zwar, in einem gemeinsamen Statement mit dem regionalen UN-Büro, ihre „tiefe Sorge über die Entwicklungen, die zur Gewalt führten“, und auch Frankreich „bedauert, dass die nationalen politischen Debatten nicht in einer inklusiven und leistungswilligen Wahl mündeten“ und „verurteilt die Gewalt“. Jedoch blieben Solidarisierung mit der Opposition im Kampf für die Demokratie und Verurteilungen des Schusswaffengebrauchs auf unbewaffnete Demonstranten, der neuen Wahlgesetze und des Ausstiegs aus dem regionalen Menschenrechts-Gerichtshof komplett aus. ECOWAS, Frankreich und die EU begnügten sich damit, *alle Parteien* dazu aufzurufen, ihre Differenzen durch Dialog zu überkommen.<sup>101</sup> Den Forderungen, die NGOs und Opposition bezüglich der Demokratie und Menschenrechte stellen, möchte man sich gegen den Partner der Freihandelsideologie und des Unternehmertums offenbar nicht zu laut annähern.

## Togo

Togo wird nahezu seit seiner Unabhängigkeit von dem Gnassingbé-Clan beherrscht. Gnassingbé Eyadéma, zuvor Étienne Gnassingbé, war am Putsch gegen den ersten Präsidenten des Landes, Sylvanus Olympio, beteiligt, und putschte vier Jahre später noch einmal gegen die damals eingesetzte Regierung. Er brüstete sich, auch die Kugeln abgefeuert zu haben, die Olympio töteten. Olympio hatte lange für die Unabhängigkeit Togos gekämpft und verfolgte eine Politik, die auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes abzielte. So vermied er zum Beispiel, auf Entwicklungshilfen angewiesen zu sein. Inwieweit der Putsch gegen ihn mit dem Ausstieg aus der CFA-Franc-Währungsunion und dem Drucken einer nationalen Währung in Verbindung steht, wie Kritiker mutmaßen,<sup>102</sup> ist unklar. Die ehemaligen französischen Legionäre hatten auch ein eigenes Interesse, da Olympio dem Land nur eine sehr kleine Armee zugestanden hatte, in der nicht alle ehemaligen französischen Soldaten unterkommen konnten. Schon vor dem zweiten Putsch wurde die ehemals nur 250 Mann starke Armee verfüffacht.

Eyadéma herrschte 38 Jahre bis zu seinem Tod und war zu diesem Zeitpunkt längster Herrscher Afrikas gewesen. Kurz vor seinem Tod wurde die Amtszeitenbegrenzung aus der Verfassung gestrichen, sodass er 2003 noch einmal antreten und gewinnen konnte. Die EU, die schon nach Eyadémas erster Wahl 1993 Entwicklungsgelder aus Protest gegen ihren undemokratischen Ablauf eingefroren hatte, schickte, wie andere Organisationen, keine Wahlbeobachter, da die Besetzung der Wahlkommission von vornherein für eine mangelhafte Wahl sprachen. Die ECOWAS wertete die Wahl jedoch als legitim, und negierte die alternative Auszählung der Opposition, nach der Eyadéma verloren hatte.<sup>103</sup> Die Wahl die durch extrem niedrige Wahlbeteiligung in typischen Oppositionsgebieten auffiel und in deren Nachspiel rund 500 Demonstranten starben, wurde von Frankreich als „im Ganzen zufriedenstellend“ beurteilt. Auf den Demonstrationen gegen Eyadéma waren auch Schilder mit „Mörder Chirac, Gbagbo hat recht“ zu lesen gewesen.<sup>104</sup> Demonstranten beschuldigten Frankreich und die ECOWAS, dass ihnen die Stabilität wichtiger sei als Demokratie, und verwiesen damit auf die sogenannte französische Doktrin.

Zwei Jahre später starb Eyadéma im Februar 2005 und das Militär setzte Eyadémas Sohn Faure Gnassingbé ein, obwohl nach der Verfassung eigentlich der Premierminister den Präsidenten ersetzen sollte. Dieser war aber außer Landes und wurde



auch nicht hineingelassen. Auf Druck von internationalen Organisationen, die dies einen Militärputsch nannten, wurde Gnassingbé von dem Posten abgezogen. Er gewann aber daraufhin die Präsidentschaftswahlen, an denen er nur teilnehmen konnte, da sein Vater in der Verfassungsänderung nicht nur die Amtszeitenbegrenzung aufgehoben hatte, sondern auch das Mindestalter der Präsidenten von 45 auf 35 Jahre gesenkt hatte. Der Sohn des Staatshaupts vor der Gnassingbé-Dynastie, Gilchrist Olympio, war von der Wahl ausgeschlossen, da er noch keine 12 Monate im Land gelebt hatte, nachdem er aus dem Exil kam. Der Kandidat seiner Partei unterlag gegen Gnassingbé mit 40% zu 60% der Stimmen.

### *Stille Unterstützung der Dynastie*

Auch in den Wahlen 2010, 2015 und 2020 konnte Gnassingbé seinen Posten halten. Von den Wahlbeobachtern der ECOWAS wurden diese stets als fair eingeschätzt. 2010 billigte auch die letzte EU-Wahlbeobachtungsmission in dem Land die Wahl.<sup>105</sup> Besonders in den letzten drei Jahren kam es jedoch wieder vermehrt zu Protesten. 2017 hatte die Opposition zu mehreren Demonstrationen aufgerufen, die die Rückkehr zur Verfassung von 1992 inklusive Amtszeitenbegrenzung, die auch rückwirkend auf Faure Gnassingbés schon geleistete Amtszeiten wirken sollten, und Faures Abdankung forderten. Auch damals starben mindestens 16 Demonstranten. Die Demonstrationen rissen für Monate nicht ab, und die Deutsche Welle berichtet von Demonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmern, starker Repression und Angriffen der Polizei auf Gebäude von Oppositionsparteien.<sup>106</sup> Währenddessen hofierte Gnassingbé die ECOWAS-Treffen, deren rotierenden Vorsitz er in der Zeit innehatte, diskutierte die politische Krise in Guinea-Bissau, und ignorierte die heimische. 2018 wurden die Forderungen nach einer neuen Staatsspitze um die einer Reform der Wahlkommission erweitert. Nachdem auch dies scheiterte, boykottierte die Opposition die Parlamentswahlen im Dezember 2018, und überließ diese Institution damit der Regierungspartei. Die letzte öffentliche Mitteilung Frankreichs zu Togo war die Ablehnung einer französischen Wahlbeobachtungsmission für diese Wahl – man vertraue auf die ECOWAS.<sup>107</sup> Im Jahr 2019 verabschiedete die Regierung mit absoluter Mehrheit im Parlament eine Verfassungsänderung, die zwar die Forderungen nach einer Amtszeitenbegrenzung erfüllte, und auch die einfache Mehrheitswahl wurde zugunsten eines Zwei-Runden Wahlsystems geändert, allerdings werden Gnassingbés schon geleistete Amtszeiten dabei nicht berücksichtigt. Außerdem genießt er nun die lebenslange Immunität, die die neue Verfassung ehemaligen Staatshaupts gewährt.<sup>108</sup>

Vor der Wahl in diesem Frühjahr 2020 suspendierte die Wahlkommission sowohl die Wahlbeobachtungsmissionen der heimischen Wahlbeobachtungs-NGO sowie die der katholischen Kirche, wegen angeblichen Plänen der Beeinflussung.<sup>109</sup> Als die Auszählung begann und die Opposition nach Medienberichten vorne lag, wurden die Residenzen des Oppositionskandidaten Dr. Agbeyome Kodjo und des emeritierten katholischen Erzbischofs Philippe Fanako Kpodjro, der den Oppositionskandidaten unterstützt hatte, von Soldaten umstellt.<sup>110</sup> Letztendlich erklärte die Wahlkommission Gnassingbé mit einer Mehrheit von 70% zum Sieger. Frankreich und die EU äußerten sich nicht. Die ECOWAS bestätigte, dass die Wahl „ohne größere Zwischenfälle“ abgelaufen sei.<sup>111</sup>

*Auch in Europa wurde gegen die Dauerherrschaft des Gnassingbé-Clans demonstriert. Quelle: Pascal Van/wikimedia.org*

## Vergleich

Die durchgeführte Rekapitulation der Regierungswechsel in den acht französischsprachigen ECOWAS-Staaten hat allein in den letzten zehn Jahren sechs Putsche, davon fünf erfolgreiche, fünf Verfassungsputsche und mindestens ebenso viele angefochtene Wahlen zutage gebracht. Es bleibt zu erwähnen, dass auch in anderen, nicht francophonen ECOWAS-Staaten solche Unregelmäßigkeiten vorkamen, die zum Teil sogar, wie in Guinea-Bissau und Gambia, durch ein militärisches Eingreifen der ECOWAS entschieden wurden. Im Folgenden soll sich jedoch damit begnügt werden, die Reaktionen der ECOWAS, Frankreichs und der EU auf diese Ereignisse zusammen zu fassen, Muster, Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen.

### **Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Fälle und Länder**

#### *Nichteinmischung trotz undemokratischem Verhalten*

In den beiden zuletzt betrachteten Fällen, Togo und Benin, scheint eine große Ähnlichkeit darin zu bestehen, dass die beiden Staatenbündnisse und Frankreich die Rufe der Opposition nach internationaler Unterstützung zu ignorieren scheinen. In beiden Fällen haben Frankreich und die Regionalbündnisse entweder gar keine Communiqués veröffentlicht, wie in Benins Lokalwahlen und Togos 2020, trotz des nichtig-Sprechens des regionalen Gerichtshofs der AU und der Verurteilung durch Amnesty International (Benin) und der Suspendierung von Wahlbeobachtungsmissionen und zweifelhaftem militärischem Eingreifen (Togo); oder die Communiqués sprechen völlig oberflächlich von Sorgen über nicht-einvernehmliche Wahlen und verurteilen Gewalt generell, ohne dabei auf die Rolle der Regierung und die Benutzung scharfer Munition einzugehen.

Frankreichs Klassifizierung der Wiederwahl von Eyadéma Gnassingbé in 2003, die zugegebenermaßen außerhalb unseres 10 Jahres Abschnitts liegt, als „im Ganzen zufriedenstellend“, obwohl die EU schon keine Wahlbeobachter schickte, weil die Wahlkommission keine legitime Wahl zuließ und hunderte Menschen in Protesten starben, zeigt die parteiische Position Frankreichs hier zweifellos. Seinen Sohn scheint man ebenso als Garant der Stabilität zu brauchen. Selbst Wahlen ohne Beobachter lässt man ihm durchgehen. Gesetze wie Amnestien für Soldaten, die auf Demonstranten schossen, Immunität für ehemalige Staatshaupts und der Austritt aus regionalen Menschenrechtsgeschichtshöfen, wozu sich Talon in Benin erdreistete, hätten sicherlich mindestens zu Verurteilungen und Appellen geführt, wäre Talon nicht ein geringgesehener, sein Land an Privatiers wie sich selbst verscherbelnder, neoliberaler Partner.



## Äußere Interessen vs. die Bevölkerung: Abwägung des öffentlichen Bildes

Die Geschehnisse in den beiden Sahelstaaten Niger und Burkina Faso ähneln sich auch insofern, dass in beiden Ländern starke Proteste auf die Verfassungsputsche ihrer Präsidenten folgten, welche dann in Putsche des Militärs mündeten. Allerdings waren die Reaktionen unserer internationalen Akteure in beiden Fällen verschieden und auch untereinander nicht einheitlich.

Der Niger wurde 2009 nach Tandjas Verfassungsputsch und Regieren im Ausnahmezustand von ECOWAS und EU mit Sanktionen belegt. Der damalige französische Präsident Sarkozy lobte Tandja jedoch, innerhalb dieses Ausnahmezustands und kurz vor dem Referendum, als Garant für Demokratie (sic!) und Stabilität. Kein Wunder, dass Frankreich dann auch den Putsch des Militärs verurteilte. So auch die ECOWAS, wobei die darin vertretenen Regierungschefs natürlich kein Interesse daran haben, Putsche als legitim zu sehen. Die EU behielt wie die ECOWAS die Sanktionen bei, bis eine zivile Regierung eingesetzt war. (Der nicht aufzuhaltende Regierungswechsel hat dann zwar zur Neuverhandlung der Urkonzessionen geführt, was Frankreich finanziell trifft, doch, davon abgesehen, führt Issoufou den Kurs fort, indem die Einkommen der Rohstoffexporte hauptsächlich in der politischen Klasse verbleiben.)

Angesichts der französischen Dreistigkeit im Niger überraschte die Reaktion Frankreichs, wie auch der ECOWAS und der EU, als in Burkina Faso 2014 ähnliches geschah. Frankreichs langzeitiger Schützling Compaoré, den die Kolonialmacht wohl bei der Machtergreifung durch den Putsch gegen den anti-kolonialen Sozialisten Sankara unterstützte, wurde von allen Seiten verurteilt, als er die Verfassung zugunsten einer weiteren Amtszeit für sich ändern wollte. Nach dem darauf folgenden Putsch verurteilten weder die Regionalbündnisse noch Frankreich dies, sondern lobten seinen Abtritt und bekräftigten das Recht auf Selbstbestimmung der Burkinabés. Compaoré war mit dem Unmut seiner Bevölkerung untragbar geworden.

Dass dies damit zu tun hat, dass mit Hollande 2014 ein Sozialist in Frankreich an der Macht war, während Sarkozy zuvor, zum Beispiel in seiner Ansprache mit Tandja, unverhohlener gaullistische Werte, wie französische Großmachtgelüste repräsentieren konnte, ist fraglich.

Bei der Wahl Macky Salls 2012 im Senegal gratulierte Sarkozy Wade zum Abtritt und befand sich damit auch auf Seiten der im ganzen Land Demonstrierenden. Wenn keine eigenen Interessen an einem nepotischen und unbeliebten Amtsträger hängen, gibt es natürlich keine Gründe, ihn zu halten – zumindest wenn die Alternative ein wirtschaftsliberaler wie Macky Sall ist. Bei einem Ousmane Sonko sähe das vielleicht anders aus.

### Verurteilen und trotzdem Akzeptieren

Dies wirft die Frage auf, warum der guineische Präsident Condé, trotz seiner ethnizistischen und aggressiven Diskurse, so ungestört das offensichtlich gefakte Verfassungsreferendum durchziehen konnte. Frankreich nahm zwar Kenntnis davon, dass „ein Mangel an Inklusivität in diesen Wahlen und dem Fehlen eines Konsenses bezüglich des Wahlregisters, sowie der Rolle der Mitglieder der Sicherheits- und Verteidigungskräfte, die über ein bloßes Absichern des Prozesses hinaus ging, bedeutete, dass es unmöglich war, glaubwürdige Wahlen abzuhalten.“ Und auch vom „Fehlen jeglicher Wahlbeobachter“ wurde Notiz genommen. Es sprach sich aber trotzdem nicht für eine Annullierung der Wahl aus und verhängte auch keine Sanktionen. Die EU fand zwar, neben derselben Einschätzung der Wahl als unglaubwür-

dig, stärkere Worte gegen „den unverhältnismäßigen Gebrauch von Gewalt der Sicherheitskräfte“, welche sie als „unakzeptabel“ deklarierte, doch sah auch sie von Sanktionen ab, wie sie beispielsweise beim Verfassungsputsch Compaorés implementiert wurden. Beide verweisen stets auf ihre Unterstützung der Bemühungen der ECOWAS in diesem Prozess. Diese griff Condé jedoch gar nicht an, verurteilte die Wahl nicht – obwohl sie wegen den Bedenken der Francophonie keine Wahlbeobachter sendeten – und auch nicht die Niederschlagung der Proteste. Während die in der ECOWAS bestimmenden Staatschefs der Mitgliedsländer Solidarität mit ihrem Kollegen zeigen, wie der ein oder andere es ggf. selbst noch brauchen wird, verstecken sich die Europäer scheinbar hinter dieser Organisation. Zwar mahnte die EU vor der jüngsten Präsidentschaftswahl wieder die Bürgerrechte an, die fehlende Konsequenz lässt jedoch spekulieren, ob nicht, wie damals im Niger, die Neuverhandlung von korrupt vergebenen Lizenzen gefürchtet wurde.

### Regime Change gegen anti-koloniale Lauffeuer

Nirgends trat das interessengelenkte und parteiische Handeln Frankreichs und der Regionalbündnisse, und sogar der UN, so zutage, wie bei in der Präsidentschaftswahl 2010 in der Elfenbeinküste. Zur Absetzung Gbagbos waren alle Mittel recht. Sein auch in Nachbarstaaten beliebter anti-imperialistischer Stand, sichtbar z.B. in den 2003 in Togo zur Straße getragen Schildern: „Mörder Chirac, Gbagbo hat recht“, und die wirtschaftlichen und monetären Autonomiebewegungen machten ihn zur Gefahr.

Gbagbos Klage, die Rebellen, die das Land 2002 in die Spaltung trieben, seien von Frankreich und Burkina Fasos damaligem Präsidenten Compaoré unterstützt, erlangt einige Glaubwürdigkeit durch die Tatsache, dass bei einem Angriff auf die Rebellen französische Soldaten starben. Die folgende Zerschlagung der gesamten ivoirischen Luftwaffe durch Frankreich ist eigentlich als völkerrechtswidriger Angriff zu sehen, das Ermorden von zig unbewaffneten Demonstranten durch die ehemalige Kolonialmacht wäre als Kriegsverbrechen zu ahnden gewesen. (Natürlich hat sich der Internationale Strafgerichtshof dem aber nicht angenommen.) Jedenfalls wurde Gbagbo so gezwungen, sich den Forderungen der Rebellen zu beugen, den unter französisch-burkinischer Aufsicht ausgearbeiteten Regierungsteilungsplan anzunehmen und die Verfassung so zu ändern, dass Ouattara antreten konnte. Die wichtigsten internationalen Akteure, ECOWAS, Frankreich und die UN, gegen sich habend, musste er letztendlich auch die Wahl durchführen, obwohl, wie Nesbitt und Mbeki hervorhoben, klar war, dass keine friedliche Wahl in einem geteilten Land mit bewaffneten Rebellen möglich war.

Dass:

- sich alle internationalen Akteure, neben Frankreich und der ECOWAS auch die UN, dann über die ivoirische Verfassung stellten und nicht die Ergebnisse des Verfassungsgerichts, sondern die vorläufigen Ergebnisse des Vorsitzenden der Wahlkommission, als endgültig akzeptierte,
  - die Ergebnisse der Wahlbeobachter der AU und Gbagbos Ruf nach einer Untersuchungskommission ignorierten,
  - Ouattara zum Präsidenten kürten und die Forces Nouvelles mit Unterstützung französischer Panzer und Blauhelmsoldaten dann Abidjan einnahmen
- - trägt den süßlichen Geruch eines im Westen weitestgehend verschleierte Regime Changes.

Was bedeutet eine so aus der Zeit gefallene Information für den Leser von heute, außer dass Frankreichs Interessen am größten Kakaoproduzenten der Welt es schaffen, nicht nur die ECOWAS und die EU, sondern auch die UN zu manipulieren? Es zeigt

zuallererst die Vorliebe Frankreichs, und gegebenenfalls seiner Unterstützer, für Präsident Ouattara, was sich ja auch in dem Fehlen jeglicher Verurteilung seiner erneuten Kandidatur von Seiten Frankreichs, der EU und besonders der ECOWAS (deren Gute-Regierungsführung-Protokoll dies eigentlich verbietet) zeigt. Die EU mahnte zwar kürzlich an, dass Meinungs- und Demonstrationsfreiheit geachtet werden müssen und die Wahlkommission verantwortlich ist, eine von der Bevölkerung akzeptierte Wahl vorzubereiten, expliziter wurde die Verurteilung der Repression gegen oppositionelle und der Sperrung der Kandidaten aber nicht.

Die Geschichte der Elfenbeinküste erinnert uns Demokraten und Pazifisten daran, dass weder die internationalen Organisationen noch die Medien unbedingt objektiv bleiben in solchen Konflikten – und möglicherweise Fakten, wie die Ergebnisse der Wahlbeobachter im Norden oder, dass das Verfassungsgericht die Ergebnisse bekannt gibt, unterschlagen werden. In Konflikten, in denen Gut und Böse all zu klar ausgemacht scheinen, lohnt es sich genauer hinzusehen.

### *Hauptsache Stabilität*

In Mali ist das Bild, die Positionierung der internationalen, sowie der lokalen Akteure, weniger eindeutig. Dass Keita gegen den auf der Straße artikulierten Willen der Bevölkerung noch zu halten gewesen wäre, schien nur die ECOWAS zu glauben, die in Verhandlungen auf eine Einheitsregierung setzte. Doch die Demonstrierenden, bzw. zumindest die Organisatoren des Protests mussten schnell feststellen, dass die bloße Absetzung Keitas ihnen wenig bringt, wenn sie nicht in die Planung für eine neue Regierung und der Zukunft Malis mit einbezogen werden. Ermahnungen, wie Imam Dicko sie an die „jungen Leute der Armee“ richtete: „Der CNSP muss seinen Alleingang beenden, um nicht die selben Fehler zu begehen wie seine Vorgänger“ und Angebote, wie Mitte September auf einer Pressekonferenz geäußert: „Die M5-RFP bietet sich an und betont seine Verfügbarkeit mit dem CNSP und allen Maliern zusammen zu arbeiten, die für Wandel und eine Neugründung Malis stehen,“ zeigen jedoch, dass sie noch nicht aufgegeben haben.<sup>112</sup> Für die ECOWAS und die Europäer scheint das Kapitel jedoch mit der installierten (semi)zivilen Regierung abgeschlossen. Die Fortsetzung der internationalen Militäreinsätze, und damit auch der Zugang zu den Rohstoffen und ein Ausbau der Migrationsbekämpfung, sind vom Militär und seiner eingesetzten Regierung zugesichert. Ob eine Verwaltung mit Beteiligung der M5-RFPs, wo religiöse wie Dicko u.U. auf Dialog mit den deklarierten Terroristen setzen würden, geeigneter gewesen wäre, um einen nationalen Konsens und Frieden zu schaffen, kann nur spekuliert werden. Dass die äußeren Mächte sich jedoch einfach ins Abseits hätten stoßen lassen, ist utopisch.

### **Die Positionen der Akteure**

Nach dieser Zusammenfassung, in der die individuellen Fälle miteinander verglichen wurden, folgt nun noch eine Zusammenfassung der einzelnen Akteure, sozusagen ihrer typischen Position in den Kämpfen um staatliche Macht in Westafrika.

#### *Die ECOWAS*

... akzeptiert zuallererst die meisten Verhalten einzelner Regierungen. Dies zeigt sich in Guinea, Togo und Benin, wo trotz blutiger Niederschlagung von Protesten und vollem Gebrauch der

institutionellen Werkzeuge, wie Anklagen gegen Konkurrenten, Veränderungen des Wahlrechts oder der Wahlkommission etc., keine Verurteilungen oder Sanktionen ausgesprochen wurden. Trotz dem Protokoll für Gute Regierungsführung scheinen Staatsoberhäupter Verständnis für Staatsoberhäupter zu haben, die sich nicht auf zwei Amtszeiten begrenzen lassen wollen. Ein einziges Mal sanktionierte die ECOWAS solches an der Macht Klammern eines Staatsoberhauptes, Tandja im Niger, der mit der Auflösung von Verfassungsgericht und Parlament den Boden der Verfassung jedoch weit hinter sich ließ. Bei Putschen zeigt die ECOWAS jedoch eine besonders strenge Position gegen nicht verfassungskonforme Regierungswechsel. Bei beiden Putschen in Mali, dem Putsch im Niger (und dem zweiten, fehlgeschlagenen in Burkina Faso) verurteilte dies das Regionalbündnis. In Mali implementierte sie je Sanktionen, im Niger erhielt sie sie aufrecht. Einzig nach der, von der Bevölkerung bejubelte Vertreibung des langjährigen Herrschers Compaoré stimmte sie gegen Sanktionen.

Der durch Waffengewalt erzwungene Regierungswechsel in der Elfenbeinküste, wo Gbagbo ja keine nicht einvernehmlichen institutionellen Änderungen durchführte, war auch für die ECOWAS ein Spezialfall. Die Nicht-Veröffentlichung der Ergebnisse ihrer Wahlbeobachtungsmission macht misstrauisch, ob da nicht etwas unterschlagen wurde. Die Popularität Gbagbos in den Teilen der Bevölkerung, deren „France dégage!“ in der ganzen Region vernommen werden, weckte ggf. Ängste, dass Alternativen zu den wirtschaftlichen, militärischen und entwicklungspolitischen Wegen, die ihre Staatsapparate stützen, gefordert würden.

#### *Die EU*

... nimmt demgegenüber, zumindest in ihren offiziellen Communiqués, die Rolle der Schützerin der Demokratie und Menschenrechte ein. Bei Konflikten im Land kritisierte sie stets am explizitesten die Menschenrechtsverletzungen und Gewalt der Regierungen. So geschehen bei den Demonstrationen gegen Condés Verfassungsänderung in Guinea, sowie in ihren Ermahnungen für die Präsidentenwahl, nach Togos Verfassungsänderung 2017, und sogar Ouattara wurde ermahnt, dass Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in der Elfenbeinküste gewährleistet sein sollen. Sanktionen spricht sie jedoch in den seltensten Fällen aus.

Tandjas Verfassungsputsch im Niger wurde sanktioniert, was zwar bei Compaoré zuvor nicht passierte, die Absetzung der beiden Führer wurde jedoch, angesichts der starken Proteste zuvor, als „Selbstbestimmung des Volkes“ akzeptiert. Die Putsche in Mali wurden je verurteilt und sanktioniert, doch man arrangierte sich schnell mit den Übergangsregierungen, die je offener für die internationalen Militärmissionen waren als die vorherige Regierung (2012) oder die Protestierenden (2020). Angesichts des Schweigens zu dem äußerst undemokratischen Verhalten des neoliberalen Talons in Benin im Frühjahr 2020 und Gnassingbés in Togo, enttäuschte die EU jedoch die Hoffnungen der Bevölkerung, die europäischen Werte zu verteidigen. Die Empörung ist auch hier selektiv.

#### *Frankreich*

Die Position Frankreichs ist mehr von Eigeninteresse getrieben als dies in einem Staatenbund möglich ist, wo viele Interessen zusammenkommen. Oft spart es etwas an Kritik an befreundeten Regimes, zeigt sich besorgt oder betrübt über „nicht-einver-

nehmliche“ Wahlen und kritisiert Gewalt ganz generell, ohne die Rolle der Regierung und Sicherheitskräfte zu benennen (Togo 2017, Benin 2019, Guinea), oder äußert sich auch gar nicht, wie gegenüber der Unterdrückung der Opposition von Seiten Ouattaras.

Als individuelles Land mit so viel Militär in der Region, kann es seinen Interessen Gewicht verleihen wie kein anderes. Auch wenn Frankreichs Rohstoffimporte mittlerweile weit diversifizierter sind, und es sich nicht mehr komplett auf die *chasse gardée*, die geschützten Jagdgründe, in Westafrika verlässt, hat es noch starkes Interesse an Öl, Gold und Kakao aus der Gegend und besonders am Uran im Niger. Laut Gbagbo war die Neuverhandlung der Konzessionen für Rohstoffe aus der Elfenbeinküste der Grund, dass man ihn loswerden wollte. Und auch für die Unterstützung und Akzeptanz für Tandjas Verfassungsputsch, der von ECOWAS und EU sanktioniert wurde, lässt sich annehmen, dass die Vermeidung der schlussendlich doch stattgefundenen Neuverhandlung der Urankonzessionen das Motiv war. Während für viele afrikanische politische Führer eine enge Freundschaft mit Frankreich der Garant für Entwicklungsgelder, Waffen und Unterstützung, also Macht ist, werden die Politiker, die sich gegen die alten kolonialen Exklusiv-Verträge mit Frankreich, gegen den CFA-Franc oder die Dominanz französischer Unternehmen in der lokalen Infrastruktur aussprechen, diffamiert, definiert oder geputscht.

Eine tiefe Auseinandersetzung mit der Veränderung der französischen Afrikapolitik unter den verschiedenen Präsidenten, Sarkozy, Hollande und Macron, wäre an dieser Stelle zu viel verlangt, da die heimischen Diskurse hier keinen Platz finden konnten. Es bleibt zu vermuten, dass Sarkozy, der wie sein Vorgänger Chirac aus der gaullistischen Partei kam, leichter einen außenpolitischen Realismus verkörpern kann als seine Nachfolger – immerhin war es Namensgeber Charles de Gaulle, der die Exklusiv-Verträge mit den ehemaligen Kolonien aushandelte und Guinea de-finanzierte und mit Falschgeld flutete, nachdem das Land den CFA-Franc verließ. Tatsächlich scheinen schamlose Akzeptanz für Verfassungsputsche, wie sie sich Sarkozy 2010 mit Tandja erdreistete (oder auch Chirac 2003 in Togo) und Regime Changes wie 2010 in der Elfenbeinküste, unter den letzten beiden Präsidenten nicht mehr passiert zu sein. Der Sozialist Hollande sprach sich sogar gegen den langjährigen Vasallen Compaoré aus – begann aber auch die Militärmission in Mali und rief die G5-Sahel ins Leben. Macron wirbelt mit großen Worten um sich, z.B. als er vor Studenten in Ouagadougou kund gab, Frankreich habe heutzutage keine Afrikapolitik mehr, man spreche auf Augenhöhe, und er werde in Frankreich ausgestellte afrikanische Kulturgüter zurückgeben. Er mäßigte auch die Macht über den CFA-Franc. Doch auch er vergrößerte die Militärmissionen stetig, verurteilt das undemokratische Verhalten in Benin, Togo und Guinea kaum, und äußerte sich, nachdem er Ouattara zuerst lobte nicht zu kandidieren, überhaupt nicht zu seinem Klammern an der Macht und der Repression dort.



*Ein Graffiti in Dakar spielt mit dem panafrikanischen Symbol Mandela und der westafrikanischen Maske. Foto des Autors*

## Fazit

Trotz der Diskrepanz zwischen der französischen Position und der der EU in der Verteidigung der Menschenrechte in Afrika und innereuropäischen Spannungen wie mit Italien (die sich im Konflikt in Libyen an der Unterstützung unterschiedlicher Regime und an Seitenhieben, wie dem des italienischen Premiers Luigi di Maio, der Frankreich für afrikanische Migration nach Deutschland verantwortlich machte, zeigt) führt Frankreich nicht nur militärisch die Europäer in Afrika an. Nach dem letzten Putsch in Mali meinte die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer beispielsweise, dass man wie es weitergehe insbesondere mit Frankreich besprechen werde.

Desto wichtiger ist das Wissen um französische Interessen und die Politik, die diese schützt, auch bei uns – persönlich, um die Berichterstattung um die diesjährigen Wahlen in Guinea, der Elfenbeinküste, Burkina Faso und im Niger einschätzen zu können; und institutionell, da eine an Menschenrechten orientierte europäische Politik Frankreich einhegen kann, wie die EU-Sanktionen gegen Tandja zeigten, an die sich Frankreich auch halten musste.

Klar ist, dass es im Interesse der Mehrheit der Europäer wäre, eine Politik zu führen, die auf Lebensqualität, Demokratie und Entwicklung dort ausgerichtet ist, statt einer, die die Region nur als Rohstofflager sieht, in dem Europa schalten und walten kann. Die Militarisierung der Grenzen und des Mittelmeers wird die Menschen nicht aufhalten können, die in korrupten oder gescheiterten Staaten keine Zukunft sehen. Und die Wut auf Dominanz und Ausbeutung befeuert den radikalen Islamismus – gerade wenn andere Bewegungen für Unabhängigkeit, wie die Gbagbos und Sankaras, in den staatlichen Systemen dort wegen europäischer Dominanz unmöglich gemacht werden.

**Anmerkungen:**

- 1 Dominic Johnson: Afrikanischer Herbst [taz.de](#) 26.10.2020
- 2 Die offiziellen Angaben des französischen Militärs sind hier abrufbar: [defense.gouv.fr/operations/prepositionnees](#)
- 3 France to send 600 more troops to Africa's Sahel. [france24.com](#) 02.02.2020
- 4 Liesl Louw-Voudran: Many new plans in Macron's no-Africa policy, Institute for Security Studies (ISS) Africa [issafrica.org](#) 06.12.2017
- 5 Will de Freitas: Is France a reluctant multilateralist in the Sahel? [theconversation.com](#) 03.08.2020
- 6 Ian Taylor: France à fric: the CFA zone in Africa and neocolonialism. in Third World Quarterly 2019, Vol. 40, No. 6, S. 1070
- 7 La réforme des relations de coopération monétaire entre l'UEMOA et la France. Französische Zentralbank, [banque-france.fr](#) 09.06.2020
- 8 Hinsley Njila: CFA – A currency designed to keep Francophone African Countries poor [panafricanvisions.com](#) 27.02.2009; Sanou Mbaye: Ein informelles Imperium. Stillschweigende Übereinkommen: Mit Hilfe des CFA-Franc beherrscht Frankreich seine ehemaligen Kolonien im subsaharischen Afrika [senegal-info.de](#) 13.1.2004
- 9 Die Odious Debt Theorie wurde von einem russischen Revolutionär vor 100 Jahren entwickelt und auch von revolutionären Führern wie Thomas Sankara in Burkina Faso vertreten. Sie lehnt die Gültigkeit der von unrechtmäßigen Herrschern und Diktatoren aufgenommenen Schulden ab.
- 10 Neben Ian Taylor (2019) beschäftigt sich damit auch die Studie von Nathaniel K. Powells: Battling Instability? The Recurring Logic of French Military Interventions in Africa. In African Security Vol. 10, 2017, die auch in seinem Artikel: The flawed logic behind French military interventions in Africa. [theconversation.com](#) 12.05.2020 zusammengefasst ist, und von vielen antikolonialen und panafrikanischen Blogs zitiert wird.
- 11 ECOWAS: Economic Community of West African States. Africa Regional Integration Index [integrate-africa.org](#) ; Die fehlende wirtschaftliche Integration, die Taylor (2019) auch gegen die Währungsunion des CFA-Franc anbringt, lassen auch zweifeln, ob die regionale Integration nicht zuletzt nur den reicheren Ländern der Union hilft.
- 12 Cécile Barbière: Brüssel droht afrikanischen Ländern mit Entzug eines privilegierten Marktzugangs [euractiv.de](#) 10.06.2016
- 13 WAPIS Handbook. West African Police Information System, [interpol.int](#)
- 14 Europäische Kommission, MEMO 12/2014: EU suspends its aid to Mali, [ec.europa.eu](#) 23.03.2012
- 15 Mali President Traore beaten up by protesters. [bbc.com](#) 21.05.2012
- 16 Adam Nossiter: Mali's Primeminister Resign After Arrest, Muddling Plans to Retake North [nytimes.com](#) 12.12.2012
- 17 France launches Mali Military Intervention. [aljazeera.com](#) 11.01.2013
- 18 Erst im Oktober 2020 wurde er und eine 2016 entführte Französin gegen 180 gefangene Islamisten frei getauscht.
- 19 Jörg Sobolweski: Europa im türkischen Schach. Junge Freiheit 28.08.2020, S.9
- 20 Georges Hallermayer: Wackelnder Stuhl Afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft will »Einheitsregierung« in Mali. Opposition lehnt ab. [jungewelt.de](#) 31.07.2020
- 21 Mali opposition suggests France interfering in political crisis. AFP/[macausiness.com](#) 10.08.2020
- 22 Olaf Bernau sprach am 13.01. 2020 als Sachverständiger für Fokus Sahel und Afrique Europe Interact im Bundestag. Hier sein Beitrag: [afrique-europe-interact.net](#)
- 23 Norbert Hahn: Mali auf dem Weg ins Chaos [tagesschau.de](#) 27.07.2020
- 24 Kaamil Ahmed: Militant Crackdown in Mali leads to hundreds civilian deaths. [theguardian.com](#) 12.06.2020 Die Taz berichtete schon 2018 von einem Racheakt bei der eine Truppe unter G5-Kommando nahe Burkina Faso „12 bis 15 Menschen, die offiziell als ‚neutralisierte Terroristen‘ dargestellt wurden, in Wahrheit aber Zivilisten waren“ tötete. Dies sei kein Einzelfall gewesen, da die Verteidigungsministerin kurz zuvor „die Existenz eines Massengrabes mit 25 Opfern eines Armeeeinsatzes bestätig[t]e.“ Dominic Johnson: EU-finanzierte Truppe tötet Zivilisten. [taz.de](#) 27.06.2018; Human Rights Watch (HRW) berichtete schon 2017 von zahlreichen außergerichtlichen Hinrichtungen und Verschleppungen von Seiten des malischen (und Burkinabe) Militärs. [hrw.org](#) 08.09.2017
- 25 Mali opposition rebuffs mediation offer, demands president to resign. [aljazeera.com](#) 18.07.2020
- 26 Mali crisis From disputed elections to presidents resignation. [aljazeera.com](#) 19.08.2020 Dieses weit verbreitete Narrativ hatte auch vorher schon dazu geführt, dass sich Keitas Sohn, damals Abgeordneter und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, der außerdem mit online Videos auf Yachten mit leichtbekleideten europäischen Mädchen schlecht in der malischen Öffentlichkeit ankam, nach den Protesten im Juli abdankte. Bokor Sangare & Bukola Adebayo: Son of Mali's president resigns parliament position amid calls for father's resignation. [edition.cnn.com](#) 14.07.2020
- 27 Die Stellungnahme der Putschisten auf ihrer ersten Pressekonferenz (im französischen Original) [maliactu.net](#)
- 28 Die Stellungnahmen des französischen Außenministeriums zu Mali: [diplomatie.gouv.fr](#)
- 29 Der Twitteraccount der EU-Delegation in Mali postete die Erklärung am 13.07.2020 [twitter.com/UEauMali](#)
- 30 Erklärung des Europäischen Auswärtigen Dienstes zur Situation in Mali vor dem Putsch: [eeas.europa.eu](#) 22.07.2020
- 31 Erklärung des Europäischen Auswärtigen Dienstes zur Situation in Mali nach/während dem Putsch: [eeas.europa.eu](#) 18.08.2020
- 32 Georges Hallermayer: Befreiungsschlag in Mali. [jungewelt.de](#) 20.08.2020
- 33 Christoph Marischka: Nach dem Putsch in Mali 27. [heise.de](#) 27.08.2020
- 34 Olaf Bernau kommentierte in der Kommentarspalte des folgenden Artikels: Dominic Johnson: Lehrgang bei der Bundeswehr. [taz.de](#) 09.09.2020
- 35 Die von Bernau zitierte Studie: Moussa Sayon Camara: Un sondage d'opinion sur la transition réalisé par la tuwindi le révèle: 62,4% des sondés favorables à une transition dirigée par un militaire contre 37,6% pour un civil. [zoodomail.com](#) 08.09.220
- 36 Forschungsgesellschaft Flucht & Migration e.V.: Mali: Der Terror der Modernisierung [ffm-online.org](#) 03.09.2020
- 37 Gaoussou Madani Traoré: Le CNSP, le M5-RFP et les autres ! [maliactu.net](#) 03.09.2020
- 38 Amadou N'Fa Diallo: Mali: CNSP-M5 RFP: La rupture?“ [maliactu.net](#) 14.09.2020
- 39 Malick Diancoumba: Mot de la semaine: Sanctions. [lecombat.fr](#) 03.10.2020
- 40 Innerhalb der ECOWAS sind Nigeria und Ghana, beides ehemalige britische Kolonien, wirtschaftlich stärker. Aber innerhalb der Währungsgemeinschaft des Westafrikanischen Francs, die nahezu nur und nahezu alle ehemaligen französischen Kolonien beinhaltet, ist die Elfenbeinküste die wirtschaftlich stärkste Kraft. DemocracyNow diskutierte die Bedeutung der Elfenbeinküste für Frankreich: French Forces Destroy Ivory Coast Airforce, Take Control of Capital After Killing of 9 French Soldiers. [democracynow.org](#) 9.11.2004
- 41 Nicoletta Fagiolo: Laurent Gbagbo and the right to 'difference'

- resetdoc.org 30.01.2013; Facebook-Post der Front Populaire Ivorien – Gbagbo: [facebook.com](https://www.facebook.com) 01.10.2019
- 42 In der 25 Jahre Ansicht hier zu sehen: [tradingeconomics.com](https://tradingeconomics.com) (BCEAO); Trotz des Bürgerkriegs zu seiner Zeit schaffte es auch Gbagbo das Pro-Kopf-BIP in seinen zehn Jahren Amtszeit zu verdoppeln, und stand dabei dem weit wirtschafts-liberaleren Ouattara in nichts nach: Weltbank: [data.worldbank.org](https://data.worldbank.org) ; Und das obwohl Gbagbo weit weniger internationale Entwicklungshilfe als seine Vorgänger und sein Nachfolger bekam bzw. akzeptierte. OECD: [stats.oecd.org](https://stats.oecd.org) ; Interessanterweise erhöhte Ouattara jedoch die Militärausgaben auf fast das Doppelte von denen in Gbagbos Amtszeit, obwohl der Bürgerkrieg eigentlich zu ende war. [tradingeconomics.com](https://tradingeconomics.com) (SIPRI)
- 43 Frankreich dementierte natürlich den Vorwurf Zivilisten getötet zu haben. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in dem Frankreich einen festen Sitz mit Vetorecht hat, stellte sich hinter Frankreich.
- 44 Thabo Mbeki: What the World Got Wrong in Côte D'Ivoire. [foreignpolicy.com](https://foreignpolicy.com) 29.04.2011
- 45 Hier findet sich der Wortlaut, in dem sich Sarkozy auf den Sicherheitsrat beruft: Soldaten nehmen Gbagbo in seinem Bunker fest. [spiegel.de](https://spiegel.de) 11.04.2011
- 46 HRW beklagte mehrfach die einseitige juristische Aufarbeitung des Konflikts. z.B.: [hrw.org/news/2012/03/21/](https://hrw.org/news/2012/03/21/); [hrw.org/news/2015/06/26/](https://hrw.org/news/2015/06/26/)
- 47 Die Taz berichtet zwar richtig, dass das Massaker in Duékoué von den Rebellen durchgeführt wurde, bleibt aber im klassischen Narrativ, Gbagbo sei xenophobisch und hätte die Wahl eindeutig verloren. Katrin Gänslar: Wir sind noch nicht in Sicherheit [taz.de](https://taz.de) 15.12.2011
- 48 Thabo Mbeki: What the World Got Wrong in Côte D'Ivoire. [foreignpolicy.com](https://foreignpolicy.com) 29.04.2011
- 49 Der Artikel des Sozialistische Forums Ghanas: [cbpm.org/ivorycoast.html](https://cbpm.org/ivorycoast.html) ; Ein weiterer Artikel Artikel, der über das Abdanken General Hafiz spricht, ist dieser: „Gen. Abdul Hafiz to Choi: ‚We Are Not Here to Kill Ivorians!‘“ [Cotedivoire.net](https://cotedivoire.net) , erhalten auf: [ocnus.net](https://ocnus.net) 18.3.2011
- 50 Der Artikel des Sozialistische Forums Ghanas: [cbpm.org/ivorycoast.html](https://cbpm.org/ivorycoast.html) ; Ein weiterer Artikel, der über das Abdanken General Hafiz spricht, ist dieser: Gen. Abdul Hafiz to Choi: „We Are Not Here to Kill Ivorians!“ [Cotedivoire.net](https://cotedivoire.net), erhalten auf: [ocnus.net](https://ocnus.net) 18.3.2011
- 51 Die Reform, die sowohl die zwingenden Reserven der Länder in der französischen Zentralbank, wie auch die mit Veto-Recht versehenen französischen Delegierten in der Westafrikanischen Zentralbank abschafft, wird hier beschrieben: Reforme de la cooperation monetaire avec l'uemoa“ [banque-france.fr](https://banque-france.fr) 21.12.2019
- 52 Die Regelungen für den Kakao-Handel wurden sowohl von Gbagbo sowie von Ouattara mehrfach überarbeitet, mal liberalisiert und mal weiter unter Regierungskontrolle gestellt. Während Ouattara die festen Abnahmepreise, von denen die Bauern mindestens die Hälfte bekommen mussten, zuerst durch Auktionshäuser ersetzte, scheint es solche „farm gate“- Preise nun wieder zu geben.
- 53 Diese Aussagen zitiert Viviane Gemele von Cameroun24 aus Gbagbos Buch mit dem französischen Originaltitel „Pour la Vérité et la Justice“. Viviane Gemele: Françafrique. Laurent Gbagbo explique dans un livre pourquoi il a été ébloussé du pouvoir en côte d'ivoire. [cameroun24.net](https://cameroun24.net) 29.08.2020
- 54 Zeenat Hansrod: Cote d'Ivoire: Ouattara to Run for Third Term, Opposition United in Protest. [allafrica.com](https://allafrica.com) 07.08.2020
- 55 Interview mit Clotilde Ohouochi in Martin Dolzer: »Die Regierung hat Kindersoldaten dafür rekrutiert« [jungewelt.de](https://jungewelt.de) 26.08.2020; Die genannte Zivilgesellschaftsvertreterin wurde erst drei Monate später verhört. Post vom 16.11.2020 [facebook.com/Alternative-Citoyenne-Ivoirienne](https://facebook.com/Alternative-Citoyenne-Ivoirienne)
- 56 Nachdem Ouattara von der BCEAO die Konten des Landes übergeben bekam, ließ Gbagbo die regionale Filiale der Zentralbank festsetzen und agierte weiter mit dem Staatshaushalt, was von der heutigen Regierung natürlich als illegal bezeichnet wird.
- 57 Sowohl Oppositionsparteien wie Gbagbo's FPI wie auch der ACHPR fordern die Überarbeitung der Wahlkommission schon seit 2016: Refus De Ouattara De Réformer La CEI: Le Parti De Gbagbo Demande Aux Ivoiriens De Se Tenir Prêts. [lessentielles.info](https://lessentielles.info) 12.09.2018 Eine Veränderung die Ouattara 2019 einführte, wurde unter anderem auch von Bédiés Partei abgelehnt, die darin nicht vertreten ist: La composition de la nouvelle commission électorale ivoirienne dévoilée Africanews, [fr.africanews.com](https://fr.africanews.com) 26.09.2019
- 58 Côte d'Ivoire: An Election Delay for Dialogue. [crisisgroup.org](https://crisisgroup.org) 29.09.2020
- 59 Ouattara meets Bédié or talks on Ivory Coast election crisis. [aljazeera.com](https://aljazeera.com) 11.11.2020 Die gemeinsame Erklärung: [facebook.com/Presidencecotedivoire](https://facebook.com/Presidencecotedivoire)
- 60 Alle offiziellen Mitteilungen der französischen Regierung zur Elfenbeinküste können hier eingesehen werden: [diplomatie.gouv.fr/en/country-files/cote-d-ivoire](https://diplomatie.gouv.fr/en/country-files/cote-d-ivoire)
- 61 Der Europäische Rat veröffentlichte folgende Mitteilung: [consilium.europa.eu](https://consilium.europa.eu) 18.09.2020
- 62 Silja Fröhlich: New tensions in Guinea after referendum postponement. [dw.com](https://dw.com) 02.03.2020
- 63 Guinea's President Condé postpones controversial referendum. [bbc.com](https://bbc.com) 29.02.2020
- 64 Das Communiqué der ECOWAS: [ecowas.int](https://ecowas.int) 25.03.2020
- 65 Die Communiqués des französischen Auswärtigen Dienstes zu Guinea: [diplomatie.gouv.fr/en/country-files/guinea](https://diplomatie.gouv.fr/en/country-files/guinea)
- 66 Human Rights Watch: Guinea: Violence During Referendum. [hrw.org](https://hrw.org) 10.04.2020
- 67 Mitteilung des Sprechers des Europäischen Auswärtigen Dienstes in Guinea: [eeas.europa.eu](https://eeas.europa.eu) 22.03.2020
- 68 Guinea president appeals to base, calling election a 'war' [msn.com](https://msn.com) 23.9.2020
- 69 Guinea: controversy of the appointment of the new president of the Ceni. RFI Follow [tellerreport.com](https://tellerreport.com) 21.5.2020
- 70 Ougna Camara & Katarina Hoije: Guinea's Conde Secures Third Term in Vote Marred by Violence [bloomberg.com](https://bloomberg.com) 24.10.2020
- 71 Auf der Seite [oec.world/en/profile/country/gin/](https://oec.world/en/profile/country/gin/) können die einzelnen Exportgüter anteilig an den Gesamtexporten sowie die Länder wo diese hingehen angesehen werden. Sieht man dann die Länder selbst, z.B. Deutschland, an, und sieht dort die Importe, in unserem Fall Bauxit an, kommt man zu den genannten Zahlen.
- 72 Die Bundesregierung gibt Kreditgarantien für eine Bauxit Miene, wegen der gerade 13 Gemeinden klagen weil sie von ihren Ländern vertrieben wurden ohne angemessen entschädigt zu werden. [fian.de](https://fian.de) 23.06.2020 Außerdem: EU-Kommission erkennt Bauxit als kritischen Rohstoff an. [alu-web.de](https://alu-web.de) 08.09.2020
- 73 Karim Wade wurde jedoch kurz nach Haftantritt von Sall begnadigt und musste seine sechs Jahre nicht absitzen. Senegal: karim Wade released from prison [aljazeera.com](https://aljazeera.com) 24.06.2016
- 74 Macky Sall Senegal election win 'example for Africa'. BBC [web.archive.org](https://web.archive.org) 26.08.2012
- 75 Fish-Drained Senegal to Exploit Liberian Waters through New Agreement with Government. [frontpageafricaonline.com](https://frontpageafricaonline.com) 30.01.2019
- 76 Paulin Maurice Toupane, Aissatou Kanté & Adja Khadidiatou Faye: Suspensions cloud Senegal's upcoming elections. [issafrica.org](https://issafrica.org) 13.02.2019
- 77 Bericht der Wahlbeobachtungsmission der EU im Senegal (französisch): [eeas.europa.eu](https://eeas.europa.eu) 18.06.2019
- 78 Aby Niang & Aboubakr Tandia: 2019 Presidential Elections in Senegal: Reflections on a West African Model-Democracy and the Challenge of Decolonization. [kujenga-amani.ssrc.org](https://kujenga-amani.ssrc.org) 03.04.2019
- 79 Mathieu Bonkoungou: Burkina Faso salutes "Africa's Che" Thomas

- Sankara. [reuters.com](https://www.reuters.com) 17.10.2007
- 80 Ruedi Küng: Volksaufstand mit ungewissem Ausgang. in Eine Welt Nr.1, März 2015 [eda.admin.ch](https://www.eda.admin.ch)
- 81 Basia Cummings: Burkina Faso's revolution 2.0. [theguardian.com](https://www.theguardian.com) 30.10.2014
- 82 Twitter Post von David Lewis: [twitter.com/DG\\_Lewis](https://twitter.com/DG_Lewis) 30.10.2014
- 83 Die offiziellen Mitteilungen sind nicht mehr abrufbar, doch sie werden in folgenden Artikeln zitiert: Burkina Faso's Isaac Zida dismisses African Union intervention. [bbc.com](https://www.bbc.com) 01.11.2014 und David Smith: Power struggle in Burkina Faso after Blaise Compaoré resigns. [theguardian.com](https://www.theguardian.com) 07.11.2014
- 84 Die offiziellen Mitteilungen der ECOWAS sind hier einzusehen: [ecowas.int](https://www.ecowas.int) 18.09.2015 [ecowas.int](https://www.ecowas.int) die Reaktionen der EU hat beispielsweise die BBC berichtet: Burkina Faso coup leader Gen Dienderé defies ultimatum [bbc.com](https://www.bbc.com) 22.09.2015
- 85 Obwohl die von Dschihadisten kontrollierten Gegenden zu No-Go Gebieten wurden, wo beispielsweise die Schulen geschlossen sind, und scheinbar mehr als 60% unzufrieden sind mit Kaborés Regierungserfolgen, wird ihm eine gute Wahl vorausgesagt. Die einzigen nennenswerten Gegenkandidaten scheinen die nun wieder zur Wahl zugelassenen Kandidaten von Compaorés Partei. Nyawira Mwangi: Burkina's President Kabore set to win party election backing despite problems. [africa.cgtn.com](https://www.africa.cgtn.com) 11.07.2020; Neben den Dschihadisten spielen lokale Selbstverteidigungs-Milizen „koglowegos“, die sich nach dem Zusammenbruch des Sicherheitssystems während Aufstand und Putsch gebildet hatten, eine Rolle. Sie sollen sich nach Compaorés Sturz mit Kaborés Partei arrangiert haben und ihn deshalb ggf unterstützen. Besonders im Westen des Landes sind auch die traditionellen transnationalen Järgergilden „dozos“ aktiv. Dazu die Studien von Clingendael: [clingendael.org](https://www.clingendael.org) und Noria: [noria-research.com](https://www.noria-research.com)
- 86 Sam Mednick: In Burkina Faso's election, security concerns and disenfranchised voters. [thenewhumanitarian.org](https://www.thenewhumanitarian.org) 02.11.2020
- 87 Burkina Faso awaits presidential election results. AFP [capitalfm.co.ke](https://www.capitalfm.co.ke) 23.11.2020
- 88 Sarkozys Lob und Werbung für Tandja und seine wirtschaftlichen Projekte sind in seiner Rede nachzulesen (französisch) [elysee.fr/nicolas-sarkozy/2009/03/27](https://www.elysee.fr/nicolas-sarkozy/2009/03/27)
- 89 Le président Tandja se félicite avec hâte des résultats du référendum. [france24.com](https://www.france24.com) 06.08.2009
- 90 Die Aussagen von Survie und Dakaractu finden sich hier (beide französisch): Danyel Dubreuil & Juliette Poirson: Mamadou Tandja, gangster politique préféré de la France. [survie.org](https://www.survie.org) 03.11.2009; Chris Yapi & Marou Idrissou: ALASSANE OUATTARA COMME MAMADOU TANDJA: Le tazartché ivoirien risque d'emporter son auteur. [dakaractu.com](https://www.dakaractu.com) 29.08.2020
- 91 Taking on West Africa's terrorists. [economist.com](https://www.economist.com) 26.11.2016
- 92 Die Folgen für die Umwelt und Gesundheit der Bevölkerung in Arlit, der Gegend wo Orano seine Minen betreibt, werden hier eindrücklich beschrieben: Lucas Destrijcker & Mahadi Diouara: L'uranium qui nourrit la Belgique empoisonne le Niger [mo.be](https://www.mo.be) 17.03.2017
- 93 Gwendolin Hilse: Niger will vom Uran-Abbau profitieren [dw.com](https://www.dw.com) 13.02.2014
- 94 The Central Sahel: A Perfect Sandstorm. [crisisgroup.org](https://www.crisisgroup.org) 25.06.2015
- 95 Tandjas Uran-Deal muss so billig gewesen sein, dass der damalige französische Präsident Hollande, der den Haupteigner von Areva/Orano, den französischen Staat vertrat, wohl sogar einen Anstieg des Preises von über 50% akzeptierte, wie la Tribune 2012 berichtete. Und selbst danach müssen die Preise für damalige Verhältnisse noch so weit unter dem Weltmarktpreis gelegen haben, dass sich die zusätzlichen Kosten für Sicherheit für die Franzosen lohnen. Marie-Caroline Lopez: Hollande prône la coopération sur l'uranium avec le Niger [latribune.fr](https://www.latribune.fr) 11.06.2012
- 96 Benin president pardons 'poison-plot' businessman who fled to France. [rfi.fr](https://www.rfi.fr) 15.05.2014
- 97 Benin under fire over huge hike in election candidate fees. AFP [news24.com](https://www.news24.com) 26.09.2018
- 98 Record low turnout at Benin polls with no opposition. AFP [france24.com](https://www.france24.com) 01.05.2019
- 99 After a lousy election, Benin's democracy is under threat. [economist.com](https://www.economist.com) 09.05.2019
- 100 Amnesty International's Jahresbericht 2019 für Benin: [amnesty.org](https://www.amnesty.org)
- 101 Die Communiqués von ECOWAS&UN: [ecowas.int](https://www.ecowas.int) ; EU: [eeas.europa.eu](https://www.eeas.europa.eu) und Frankreich: [diplomatie.gouv.fr](https://www.diplomatie.gouv.fr)
- 102 Einer der vielen Blogs, die die französische Beteiligung an vielen afrikanischen Putschen auf den Erhalt des CFA-Francs zurückführen, ist z.B. dieser: 14 African nations forced to pay French colonial tax. [popularresistance.org](https://www.popularresistance.org) 07.02.2007
- 103 Die unterschiedlichen Wahlaustrahlungen sind hier dokumentiert: [psephos.adam-carr.net](https://www.psephos.adam-carr.net)
- 104 Olivier Rogez: Les cinq jours qui ébranlèrent le Togo [rfi.fr](https://www.rfi.fr) 03.05.2005
- 105 Hier die Berichte der Wahlbeobachtungsmissionen in Benin von ECOWAS (2015) [ecowas.int](https://www.ecowas.int) und EU (2010) [eeas.europa.eu](https://www.eeas.europa.eu)
- 106 Adrian Kriesch: Togo: Protests break out despite ban [dw.com](https://www.dw.com) 16.04.2018
- 107 Frankreichs Ablehnung einer Wahlmission: [diplomatie.gouv.fr](https://www.diplomatie.gouv.fr) 14.12.2018
- 108 Togo changes law to let president stand for two more terms [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com) 09.05.2019
- 109 Togo election: Main observer group barred from monitoring [aljazeera.com](https://www.aljazeera.com) 19.02.2020
- 110 Confusion in Togo as military men hold leading candidate hostage [vanguardngr.com](https://www.vanguardngr.com) 22.02.2020
- 111 Erste Erklärung der Wahlbeobachtungsmission der ECOWAS: [ecowas.int](https://www.ecowas.int) 22.02.2020
- 112 In malischen Medien schriftlich oder als Video zu sehen: Aïssétou Cissé: Mme Sy Kadiatou Sow, lors du Point de presse du M5-RFP [bamada.net](https://www.bamada.net) 16.09.2020 ; Video: [malijet.com](https://www.malijet.com) 15.09.2020 - (beide französisch)

# Spendenaufruf

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarisationsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32  
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:  
[www.imi-online.de/mitglied-werden](http://www.imi-online.de/mitglied-werden)

Jede Form der Unterstützung ist sehr willkommen!



## Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle  
Militarisierung (IMI) e.V.**  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

